

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: Prämienanbei
Wortzahl: 2.30 Mk. monatl. 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Bg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Anzei-
gelle ober deren Raum 50 Bg. für
politische und gewerkschaftliche Errens-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Bg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 15. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Durchbruch durch die russische Front in Mittel-Galizien.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Juni 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Front zwischen Lievin und Arras erlitten die Franzosen eine schwere Niederlage. Nachdem im Verlaufe des Tages mehrmals die zum Vorgehen bereitgestellten feindlichen Sturmkolonnen durch unser Artilleriefener vertrieben waren, setzten gegen Abend zwei starke feindliche Angriffe in dichten Linien gegen unsere Stellungen beiderseits der Loretto-Höhe sowie auf der Front Neuville-Roclincourt ein.

Schwächere Angriffe des Feindes am Yser-Kanal wurden abgeschlagen. Südöstlich Hébuterne haben die Infanteriegefechte zu keinem nennenswerten Ergebnis geführt. Vorstöße gegen die von uns eroberten Stellungen in der Champagne wurden im Keime erstickt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In der Nähe von Kuzowimia, nordwestlich Szawle, wurden einige feindliche Stellungen genommen und dabei drei Offiziere und 300 Mann zu Gefangenen gemacht.

Südöstlich der Straße Marjampol-Kowno erstickten unsere Truppen die vorderste russische Linie, zwei Offiziere 313 Mann waren hier die Beute.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Armee des Generalobersten von Mackensen ist in einer Breite von 70 Kilometern aus ihren Stellungen zwischen Czerniawa (nordwestlich Moseiska) und Sieniawa zum Angriff vorgegangen. Die feindlichen Stellungen sind auf der ganzen Front gestürmt, 16 000 Gefangene fielen gestern in unsere Hand.

Auch die Angriffe der Truppen des Generals von der Marwitz und des Generals von Einsingen machten Fortschritte. Oberste Heeresleitung.

Rumänien als Wirtschaftsmacht.

Zwischen Deutschland und Rumänien, das, ginge es nach dem Willen des Viererbandes, noch heute an die Zentralmächte den Krieg erklären müßte, bestehen die engsten wirtschaftlichen Beziehungen. Als Lieferant von Metallwaren, Maschinen, Woll- und Baumwollstoffen und anderen Fabrikaten ist Deutschland der wichtigste Exporteur nach Rumänien geworden und hat sogar die österreichisch-ungarische Konkurrenz aus dem Felde geschlagen, die den gewaltigen Vorteil der günstigeren geographischen Lage hat.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 14. Juni. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart, 14. Juni 1915 mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die verbündeten Armeen in Mittelgalizien griffen gestern erneut an. Die russische Front östlich und südöstlich Jaroslaw wurde nach heftigem Kampfe durchbrochen und der Feind unter den schwersten Verlusten zum Rückzuge gezwungen. Seit heute nacht sind die Russen auch bei und südöstlich Moseiska im Rückzuge. Sechszehntausend Russen wurden gestern gefangen. Unterdessen dauern die Kämpfe südlich des Dnjepr fort. Bei Derzow, südlich Mikolajow, schlugen unsere Truppen vier starke Angriffe blutig ab. Der Feind räumte zuletzt fluchtartig das Gefechtsfeld. Nordwestlich Jurawno dringen die Verbündeten gegen Hydaczow vor und eroberten gestern nach schwerem Kampfe Roguzno. Auch nördlich Tlumacz schreitet der Angriff erfolgreich fort. Viele Gefangene, deren Zahl noch nicht feststeht, fielen dort in die Hände der Unsrigen. Nördlich Zaleszczki griffen die Russen nach elf Uhr nachts in einer drei Kilometer breiten Front vier Glieder tief an. Unter großen Verlusten brach dieser Massenvorstoß im Feuer unserer Truppen zusammen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In dem Kampfe bei Plava am 12. Juni ließ der Feind, wie nun festgestellt wurde, über tausend Tote und sehr viele Verwundete vor unseren Stellungen liegen. Gestern spät abends wiesen unsere Truppen einen abermaligen Angriff gleich allen früheren ab. Die Italiener vermochten an der Isonzofront nirgends durchzudringen.

Im Kärntner und Tiroler Grenzgebiet hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Balkanriegsschauplatz.

Südlich Adovac wies eine unserer Feldwachen den Angriff von gisla wechwendert Montenegrinern nach kurzem Kampfe ab. Sonst ist die Lage im Südoften unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 14. Juni. (W. T. B.) Der Generalstab des Generalissimus meldet: Am 12. Juni dauerten auf der ganzen Front an den Flüssen Windau, Benta und Dubissa die hartnäckigen Kämpfe fort. Die Deutschen richteten ihre Anstrengungen gegen den Abschnitt der Front nördlich Szawle. In der Gegend jenseits des Njemen begann der Feind am selben Tag unsere Stellungen östlich Marjampol anzugreifen. Auf der Front des Rarew fanden in der Nacht zum 12. Juni Patrouillenankämpfe zwischen Omulew und Rogowa statt. Nördlich Braschniz eröffnete der Feind am 12. Juni bereits um 3 Uhr morgens ein lebhaftes Feuer mit schwerer Artillerie, er unternahm dann gegen mittag hartnäckige Infanterieangriffe. Weiter östlich an der Eisenbahnlinie von Mlawka griffen zwei feindliche Bataillone das Pomianngehöft an, sie wurden jedoch gezwungen, nachdem sie schwere Verluste erlitten hatten, ihre Offensive aufzugeben. Bei der Weichsel, in der Gegend von Starorzaba, zog sich der Feind, welcher in seiner Offensive vom 11. Juni schwere Verluste erlitten hatte, in der folgenden Nacht in seine frühere Stellung zurück. Auf dem linken Ufer der Weichsel konzentrierte der Feind am Abend des 11. Juni sehr starke Kräfte in dem Bzura-Abschnitt zwischen der Mündung der Bissa und dem Dorf Suksa. Dann griff er in der Nacht und am nächsten Tage unsere Stellungen mit Kräften von einer Stärke von etwa zwei Divisionen an. Der Kampf dauert noch fort.

In Galizien, am frühen Morgen des 12. Juni, griff der Feind in geschlossenen Reihen unsere Stellungen an der unteren Lubatschewka an. In der Gegend von Moseiska erneuerte der Feind, welcher schwere Verluste am 11. und 12. Juni erlitten hatte, seine Offensive nicht. An dem rechten Ufer des Dnjepr, in der Richtung Mikolajow, fand nur Gewehrfeuer statt. Unser Erfolg bei Jurawno zwang den Feind, seine Angriffe gegen unsere Stellungen bei Galitz einzustellen, und seit dem 11. Juni beugte er sich damit, dort Kavallerie zusammenzuziehen. Bei Zaleszki unternahm wir einen schwungvollen Angriff auf feindliche Abteilungen, welche den Dnjepr überschritten hatten. Wir machten bei diesem Angriff 500 Gegner nieder und nahmen ungefähr 200 gefangen.

Wit den anderen Balkanstaaten teilt Rumänien die Kapitalarmut. Dazu gesellen sich aber als spezifische Mängel die beklagenswert schlechte Lage der Bauern und die Abneigung des Rumänen gegen die produktive Tätigkeit in Industrie und Handel. Wie in Oesterreich-Ungarn oder Italien drängt in Rumänien die ganze akademische Intelligenz zum staatlichen Futtertrog, der seine Kostgänger bis an ihr selbtes Ende nährt. Es fehlt ein nationales Bürgertum mit seiner spezifischen Schätzung des in den freien Berufen erzielbaren Erfolges. Fehlen dem in den Traditionen des Agrarstaates stehenden Rumänen auch die kapitalistische Initiative und die organisatorische Energie, so lebt doch in ihm das lebhafteste Bedauern, daß Fremdlinge in seinem Lande reich werden, während er selbst ein Staatsdiener sein Leben lang bleibt. Besonders der Deutsche gilt hier wie in Rußland als Repräsentant des Kapitalismus, als Bourgeois schlechthin. Gegen ihn richtet sich aller Groll. So sagte der frühere Handelsminister Xenopol in einer Vorlesung am Collège de France:

Die wichtigsten Quellen des allgemeinen Reichtums sind in fremdem Besitz. Das ist ein großer Uebelstand und eine gewaltige Gefahr für das Land, dessen eigentlichen Angehörigen zum größten Teil zur bloßen Landesverwaltung bestimmt sind und den Unternehmern einer anderen Nationalität als Sandlanger für die gewöhnlichsten und ermüdendsten und schlechtest belohnten Arbeit dienen, während der Großteil des Verdienstes in den Geldbeuteln der Fremden kommt, die die Unternehmen leiten und beherrschen. Der Fremdeneinfluß in Rumänien ist, wie sich versteht, besonders durch die Staaten und die Völker vertreten, von denen es umgeben ist: Von Deutschen, Slawen und Ungarn, von denen die ergebnantesten, das heißt so hervorragenden kulturellen und politischen Uebelstände, die wichtigste Rolle spielen.

Die politische und wirtschaftliche Befreiung der Rumänen beginnt daher mit der Abschüttelung der deutschen Vorherrschaft, die besonders auch unter österreichisch-ungarischer Flagge ausgeübt wird, unter einer Flagge also, die die Rumänen am meisten verabscheuen, weil sie sie an ihr nationales Unglück erinnert.

Am schlimmsten sind aber die Bauern daran. Ihre Ausbeutung war schon zur Zeit der Türkenherrschaft groß. Als das Land oder besser, seine Herren, die Großgrundbesitzer, frei wurden, nahm die Ausbeutung an Intensität noch zu. Die Frondienste wurden gesteigert, der bäuerliche Eigenbesitz geschnitten. Die im Jahre 1864 durchgeführte Bauernbefreiung nahm vom Lande das Dium der Fröigkeit, ohne sie tatsächliche Lage der Bauern zu verbessern. Während nämlich früher der Großgrundbesitzer zur Ausstattung jedes neuermahlten Bauers mit Land verhalten war, fiel diese Verpflichtung jetzt weg. Die Zersplitterung des bäuerlichen Besitzes wurde immer größer und war bei der extensiven Wirtschaft besonders empfindlich. Damit wuchs auch der Zwang, Land zu hohen Preisen zuzupachten und überdies Dienstarbeit auf dem Gutshof zu tun, um Pachtgelder und Steuern aufbringen zu können. Der Gutsbesitzer blieb Herr: er bestimmte nach seinem Vorteil die Höhe der Pachtgelder und des Arbeitslohnes. Blutige Bauernrevolten waren die Folge. Nur langsam entschloß sich die Regierung zur Verteilung von Staatsländereien und Einführung von Reformgesetzen. Aber die völlige Ueberwindung der alten Fehler im sozialen Ausbau wird noch lange dauern — von Fehlern, die nicht ohne Einfluß auf die Kraft des staatsbürgerlichen Bewußtseins und die militärische Leistungsfähigkeit bleiben. Der zitierte Handelsminister, ein Lobredner der Zukunft seines Landes, muß gestehen:

„Während die kultivierte Klasse ihren Geschmack verfeinert und eine Fülle früher unbekannter Bedürfnisse hat, sind die Bauern noch immer in ihrem primitiven Zustande geblieben — die Zahl der Analphabeten beträgt in Rumänien 75 Proz. und wird nur von Rußland übertroffen. Sie verstehen nicht die Bodenbestellung oder die Viehzucht zu verbessern. Sie bedienen sich immer noch vorurteilvoller Arbeitsgeräte. Sie sind von Krankheiten erschöpft und arbeitslos, weil eine genügende ärztliche Hilfe fehlt und törichte Vorurteile gegen die Ärzte vorherrschen. Sie kennen die elementarsten Regeln der Hygiene nicht; sie sind schlecht genährt und gekleidet und wohnen armlich. Ihre große Mehrzahl frönt dem Kaffee des Alkohols. Das ist der traurige Zustand, in welchem sich die ungeheure Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung des freien Rumäniens befindet. Das stammt aus dem Mangel an der Kultur, die dem Bauern die Augen öffnet, ihre wahren Bedürfnisse erkennen und ein würdigeres Leben wünschen lassen könnte. Während sich die Frauen und Männer der Gesellschaft, nicht nur in Bukarest, sondern selbst in jeder Distriktsstadt in einem Salon verjammeln, der die Erinnerung an die glänzendsten gesellschaftlichen Zusammenkünfte in Paris wachruft, leben die rumänischen Bauern intellektuell und moralisch in einem Zustande, der sich nicht wesentlich von den ihrer Vorfahren vor 2000 Jahren, den alten Daciern unterscheidet.“

Aber das Traurige ist, daß in diesem Kriege die Gewaltideologie die Herrschaft über die Geister errungen hat: auch in Rumänien ist die gemeingültige Wahrheit in Vergessenheit versunken, daß jede Expansion den sozialen Aufstieg verzögert, daß der Krieg nach außen den kulturell viel bedeutungsvolleren Kampf der Klassen im Innern unterbindet.

Zur Haltung Rumäniens.

Paris, 14. Juni. (B. L. B.) Im „Figaro“ erklärt der Professor an der Universität Bukarest Vasilescu, es sei ein Verstummen zu glauben, daß das rumänische Volk die Intervention verlange, um seine nationalen Wünsche verwirklicht zu sehen. Das Volk erkenne zwar die Gerechtigkeit der Sache des Dreiverbandes an, aber die Intervention Rumäniens werde nur von der Regierung entschieden werden können, welche ihrerseits erst intervenieren werde, wenn alle ihre Forderungen in ihrer Gesamtheit von den Alliierten angenommen seien.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 14. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Sonntagnachmittag. Die ganze Nacht hindurch setzte das Geschützfeuer nördlich von Arras nicht aus. Wir bemächtigten uns der Eisenbahnstation Souchez. Im Südteil des Labyrinthes fand ein erbitterter Kampf mit Handgranaten statt. Trotz hartnäckiger Bemühungen des Feindes behaupteten wir alle Gewinne der Vortage. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Paris, 14. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Sonntagabend. Im Abschnitt nördlich Arras heftiger Artilleriekampf. Nachmittags griffen wir den Hügelkam nördlich der Zuckersfabrik von Souchez an, der vom Feinde sehr stark eingerichtet war. Dieser Kamm wurde erklimmt. Wir richteten uns ein und behaupteten uns dort trotz intensiven Bombardements. Wir griffen vormittags südöstlich Nebuterne die der Straße Serre-Mailly-Mallet benachbarten deutschen Schützengräben an. Unsere Infanterie nahm in einem Sprung drei feindliche Linien ein und erreichte ihr Ziel. Sie machte dabei über hundert Gefangene, die vier verschiedenen Regimentern, darunter dem 170., angehörten. Die Gefangenen erklärten, daß wir im Laufe der Kampfe der letzten Tage den deutschen Truppen sehr starke Verluste beigebracht hätten. Gewisse Einheiten seien sofort nach ihrer Bildung bei Gegenangriffen vernichtet worden. Während des Tages versuchte der Feind einen Gegenangriff, den wir sofort anhielten. Unsere Artillerie verursachte in Pusieux eine sehr starke Explosion, der ein Brand und Panik folgte, die wir durch unser Feuer vergrößerten. Die Deutschen versuchten, die von uns südlich der Duennébrières-Farm (östlich Tracyle-Mont) eroberten Schützengräben zurückzuerobern. Sie wurden völlig zurückgeworfen. Wir rückten bei der Verfolgung vor. Soissons wurde beschossen (120 Granaten). Von der übrigen Front nichts zu melden.

Der gefangen genommene Kommandeur des ersten Bataillons des 170. deutschen Infanterie-Regiments, Hauptmann Gubmann, erklärte einem französischen Generalstabs-offizier: Sie sandten zweifellos Elite-Truppen gegen uns. Bei Beginn des Angriffes war ich mit meinem Bataillon in den Schützengräben erster Linie geeilt. Niemals sah ich Soldaten mit solchem Mut und Schwung zum Sturm vorgehen.

Die englischen Verluste.

Der Gesamtverlust der Engländer betrug nach einer offiziellen Mitteilung bis zum 31. März 5981 Offiziere und 93778 Mannschaften. Nach einer Mitteilung des englischen Ministerpräsidenten Asquith waren die Gesamtverluste bis zum 31. Mai gestiegen auf 10955 Offiziere und 258069 Mannschaften. Es sind also verhältnismäßig die Mannschftsverluste in der letzten Zeit sehr viel höher gewesen als diejenigen der Offiziere. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob dies tatsächlich der Fall gewesen ist. Man muß viel eher annehmen, daß in der ersten Angabe die Mannschftsverluste nicht in voller Höhe angegeben worden sind, und daß dies erst jetzt erfolgt ist, um die Nation von der Notwendigkeit weiterer Rüstungen zu überzeugen und als Ansporn für den freiwilligen Eintritt in das Heer zu dienen.

Die Unzuverlässigkeit der Greuelmeldungen.

Zürich, 14. Juni. (B. L. B.) Wie die „Neuen Zürcher Nachrichten“ mitteilen, bereite kürzlich ein Schweizer Journalist für einen großen Verlag Belgien mit Erlaubnis der deutschen Behörden in Begleitung zweier Kollegen aus ebenfalls neutralen Ländern unter dem Schutz des amerikanischen Konsulats in Belgien. Das Blatt entnimmt einer Aufschrift u. a. nachstehendes: Es sei bemerkt, daß wir an verschiedenen Orten Erhebungen anstellten über die den Deutschen vorgeworfenen Greuelthaten. Wir folgten dabei dem amtlichen Dokument der französischen Regierung. An drei Orten fanden sich Personen mit den in der bekannten Broschüre zitierten Namen gar nicht vor. Man wußte dort von diesen angeblichen Greuelthaten überhaupt rein gar nichts. In einem vierten Orte gab es wohl einen Mann mit dem angeführten Namen, nicht aber eine Frau. Auch hier war von Greuelthaten der deutschen Barbaren nicht das geringste bekannt.

Der italienische Krieg.

Bericht der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. Juni. (B. L. B.) Meldung der Agenzia Stefani. Der Bericht der obersten Heeresleitung lautet: An einigen Stellen längs der Grenze vom Tonale bis nach Karnten versuchte der Feind mehrere Male die Fortschritte unserer Angriffsbewegungen durch nächtliche Unternehmungen zu verhindern. Er griff mehrere wichtige von uns an den vorangehenden Tagen eroberten Stellungen an, wurde aber jedesmal zurückgeworfen. So unternahm der Feind im Tonalegebiet, durch das Feuer seiner Festungen unterstützt, mehrere Angriffe gegen den Tonalepaß und gegen den Gipfel von Cavia. Ebenso versuchte er am Monte Pissola im judicariischen Tal, am Monte Piana im Misurinagebiet und am Pässe östlich vom Monte Veralba vorzustoßen. In der Nacht vom 11. zum 12. Juni unternahm der Feind mit Hilfe von Leichttraktoren und Scheinwerfern zusammenhängendere Angriffe gegen die Stellungen von Bala Grande im Piccolotale und am Freikofel, wo er gänzlich zurückgeworfen wurde.

Unser Angriff in Karnten wird rasch und erfolgreich fortgesetzt. Nach dem Wolayer Sattel besetzten wir in der Nacht vom 11. zum 12. Juni den Paß von Valentia. Diese Operation war sehr schwierig, denn der Feind mußte von Schützengräben zu Schützengräben verjagt, von Felsen zu Felsen verfolgt werden, aber unsere Gebirgstruppen brachten durch ihre glänzende Tatkraft das Unternehmen zum glücklichen Abschluß. An einigen Abschnitten der Grenze dauern die Kämpfe mittleren Kalibers an. Unsere Kanonen, die an mehreren Stellen die Oberhand gewannen, zerstörten Schanzarbeiten, Kasernen und Beobachtungsposten. Gestern eröffneten unsere großkalibrigen Kanonen das Feuer gegen Befestigungen von Kalborgeth und erzielten in kurzer Zeit sehr beachtenswerte Ergebnisse. Der obere Teil des Forts wurde eingeebnet, was eine Explosion des Munitionslagers verursachte. Längs des Isonzo sind unsere Truppen im Begriff, die in den letzten Tagen am linken Flußufer eroberten Stellungen zu besetzen. Nach dem Bruch des Damms am Kanal von Monsalconc gelang es unserer schweren Artillerie, die in Campale aufgestellt ist, am 11. Juni durch ihr Feuer die Eisenbahnlinie Görz—Monsalconc in der Nähe des Bahnhofes von Sagrado zu unterbrechen. Gezeichnet: Cadorna.

Keine Schweizer Grenzverletzung durch Italien.

Vern, 13. Juni. (B. L. B.) Eine der letzten Nummern der „Meraner Zeitung“ meldet, italienische Truppen hätten die Schweizer Grenze überschritten. Dabei seien Schüsse zwischen schweizerischen und italienischen Soldaten gewechselt worden. Die Meldung entbehrt, wie amtlich mitgeteilt wird, jeder Grundlage.

Der türkische Krieg.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 14. Juni. (B. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Kaukasusfront ging der Feind gestern aus der Richtung von Dity vor. Nachdem er sich überzeugt hatte, daß unsere Truppen gegen ihn vortüden, zog er sich eilends zurück und ließ seine Stellungen völlig im Stiche. Wir besetzten sie.

An der Dardanellenfront schossen gestern morgen zwei feindliche Kriegsschiffe unter dem Schutze von sieben Torpedobooten ungefähr neunzig Granaten auf einige unserer Stellungen bei Ari Burnu und Sedd ul Bahr. Sie erzielten keinerlei Wirkung und zogen sich bald darauf nach Imbroz zurück. Zu Lande fand bloß schwacher Austausch von Artillerie- und Infanteriefeuer statt. Unsere anatolischen Batterien richteten ein erfolgreiches Feuer auf den Feind.

Am 24. Mai erschien ein englischer Kreuzer vor der kleinen Stadt Oyleh an der Küste von Medina am Roten Meer und ließ ein Flugzeug über diese Stadt aufsteigen. Der Flieger wurde durch das Feuer unserer Soldaten und Freiwilligen abgeschossen und stürzte ins Meer.

An den anderen Fronten keinerlei Veränderung.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 14. Juni. (B. L. B.) Der Generalstab der Kaukasusarmee gibt bekannt: Am 11. Juni versuchten die Türken mehrmals in der Richtung auf Dity bei Taltan und in der Gegend von Zinalchor Gegenangriffe zu machen. Sie wurden aber durch unser Feuer abgewiesen. Im Tale des Dityschai rückten wir bis zur Linie Tevradat-Bachala vor. Ein Versuch der Türken, den Berg Kalabjit von Selden her anzugreifen, scheiterte. Von den anderen Abschnitten nichts Neues.

Ein französischer General gefallen.

Lyon, 13. Juni. (B. L. B.) Wie der „Nouveliste“ aus Paris erfährt, ist der französische General Ganeval bei den letzten Kämpfen auf der Halbinsel Gallipoli gefallen.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootskriege.

London, 14. Juni. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Ein deutsches Unterseeboot hat den Dampfer „Godeumont“ im Bristol-Kanal versenkt. Die Besatzung wurde gerettet. Der Fischdampfer „Queen Alexandra“ ist bei Dundee torpediert worden. Die Besatzung wurde gerettet.

Gegen die „Unerlöstheit politischer Unvernunft“.

Zur „Berliner Lokal-Anzeiger“ von Montag früh finden wir einen E. Z. gezeichneten bedeutsamen und bruchstückenwertigen Artikel, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

Ein damals jugendlicher deutscher Geschäfts-träger im Ausland hatte im Bericht an das auswärtige Amt in Berlin seine Entrüstung darüber erwähnt, daß er von der fremdländischen Regierung, bei der er akkreditiert war, unzutreffende Informationen erhalten hatte. Der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck schrieb an den Rand: „Entrüstung ist kein politischer Begriff“. Wir Deutschen lernen schwer, an die Stelle gefühlsmäßiger Beurteilung politischer Dinge die kühle Abwägung des Verstandes zu setzen. Aber wie müssen es lernen, und zwar müssen wir es schnell lernen, sonst bleiben wir im politischen Kampf der Völker, der im Augenblick mit gleicher Heftigkeit tobt wie der der Waffen, immer im Nachteil. Und erstreckt sich diese Erkenntnis im deutschen Volke zugunehmen. Der Ab-marisches Italiens an die Seite unierer Gegner wird nur selten noch gefühlsmäßig mit Entrüstung behandelt, sondern man beruht auch in Kreisen außerhalb der Berufspolitiker, politische und militärische Gegen-sätze auf dem historischen Schachbrett zu erkennen. Bei der Beurteilung der neuen amerikanischen Note und bei den Erörterungen über die Möglichkeiten, von deutscher Seite auf sie einzugehen, wollen wir versuchen, von vornherein jede Gefühls-politik zu unterlassen, denn sie bringt wirklich nur Zeitverlust, wenn nicht das Verlieren der ganzen Partie überhaupt. Einige Kreise werden dabei nicht mitmachen. Die den Kampf bis auf Messer“ predigen und sich in einer Art geistiger Trudenta, einer Unerlöstheit politischer Unvernunft befinden, sie können und wollen wir nicht belehren. Sie werden bald, ein kleines Häuflein ungehörter und unverständlicher Helden des Wortes und der Feder, abseits stehen.

Präsident Wilson will nicht mehr und nicht weniger als eine Verständigung zwischen Deutschland und England über die Formen des Seekriegs versuchen und bei dieser Gelegenheit die Gefährdung amerikanischer Schiffspassagiere in Zukunft verhindern. Die Aufgabe ist nicht leicht nach dem Entwicklungsgang, den der Seekrieg inzwischen genommen hat. Aber sie scheint bei ehrlichem Willen aller Beteiligten doch lösbar. In der Note des Präsidenten Wilson kommt das Wort „Menschlichkeit“ nicht weniger als sechsmal vor. Nach englischer Auffassung habe Wilson sich einmal in den Kopf gesetzt, in dem grausamsten Kriege, den die Welt je sah, die Rücksichten edler Menschlichkeit durchzusetzen. Er sei so eigensinnig, daß er sein Land in die Grausamkeit des Krieges heften, durch forcierte Munitionslieferungen Hundert-tausende tapferer Männer unter den grünen Rasen bringen, Laufende amerikanischer Bürger in den vernichtenden Kampf schicken würde, nur um dem Prinzip der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen. Dieses Urteil über den Präsidenten der Vereinigten Staaten lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, daß er besten Willens und voll starker Vernunft ist. Darin liegen auch die Chancen seines Handelns. Wir können heute nicht der Verantwortung der amerikanischen Note vorgreifen, weil noch wichtige Details vergangener Vorfälle einwandfreier Feststellung harren. Aber wir können auf Erscheinungen allgemeiner Natur hinweisen, die in den letzten Monaten eine Rolle spielten. Der Vorwurf gegen Amerika, daß es Kriegsmaterial an unsere Gegner liefere, ist ungerächt. Deutschland selbst hat bei den Haager Besprechungen den Vorschlag, die Lieferung von Kriegsmaterial neutraler Staaten an Kriegsführende zu verbieten, zu Fall gebracht. Es existiert daher nur ein Verbot staatlicher Lieferungen der Neutralen an Kriegsführende, während der Privatindustrie freie Bahn blieb.

Das schwierigste der Aufgabe des Präsidenten Wilson, die er verdienstlich und freiwillig auf sich genommen hat, dürfte die Verständigung mit England über den den Bedingungen der bisher erfolgten Taktik des Seekrieges sein. Allerdings ist die englische Staatsleitung wahrscheinlich klug genug, um aus den Erfahrungen zu lernen, die ihr der Seekrieg gebracht hat. Daß Deutschland seine überlegene Waffe, die U-Boote, niemals ausschalten könnte, wird ihr so klar sein, wie uns. Das wäre unmenschlich gegen uns selbst, und die Menschlichkeit steht im Vordergrund der Forderungen Wilsons. Aber wenn England den guten Willen hätte wie wir, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Gehör zu schenken, so ließe sich ohne Selbstschädigung eine Neuorientierung der Kriegsgelände zur See wohl überlegen. Wenn Passagier-schiffe mit besonderen Kennzeichen und der staatlichen Garantie versehen würden, daß sie nicht be-waffnet sind, so könnte auch von unseren U-Booten Rücksicht genommen werden, und damit müßten die Anforderungen der englischen Admiralität an Handelschiffe, unsere U-Boote zu rammen, zurückgenommen werden.

Nur negativ können wir noch erwähnen, daß wohl auch Eng-land jetzt weiß, mit dem Aushungern Deutschlands ist es nichts. Ich kann die Gefühls-politik nicht teilen, die den Versuch Englands, uns auszuhungern, als eine große Gemeinheit hinstellt. Ich kann sie deshalb nicht teilen, weil es mir ein Vergnügen wäre, diese Kriegstechnik England gegenüber mit Erfolg anzuwenden. Dabei kommt es ja auch nicht auf das wirkliche Verhungern von Dutzenden Millionen von Menschen an, sondern nur auf den Zwang, die Waffen zu strecken. Wir wissen, daß im Kriege 1870/71 Bismarck für die Beschießung von Paris war, also für die Niederlegung toter Mauern, während eine zarter besetzte Partei in Preußen die Aus Hungern durch geschäftsumme Belagerung toleranter fand. Es ist wirklich alles schon einmal dagewesen.

Dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg ist die Bahn hier frei für eine politische Aktion größter Bedeutung. Wenn er sie ohne Meinmut, unter vollster Wahrung der wirklichen Interessen Deutschlands beschritte, wäre er der Gefolgshaft der geistigen und physischen Majorität des deutschen Volkes sicher und würde sich ein großes Verdienst erwerben. Rücksicht auf die vorher erwähnten Messerhelden, die sich, nebenbei bemerkt, in sicherem Abstand vom Geschloßregen aufhalten pflegen, kann er allerdings nicht nehmen. Sie sind in der Politik ebenso geschmacklos wie in anständiger Tafel. Jede Unterstüßung in dieser Sache, die der unser Rechtsstandpunkt und unser deutsches Interesse unangestastet bleiben muß, sollte dem Kanzler werden. Er mag es hierzu einmal versuchen: höchste Diskussionsfreiheit in der Presse. Sie würde seine Aktionskraft vergrößern.“

In diesem Artikel, den wir allen, die es angeht, nicht dringend genug zur Beherzigung empfehlen können, wird endlich einmal ernst und deutlich ausgesprochen, was vielen Tausenden denkender Deutscher längst auf der Lippe lag und — aus den bekannten Gründen — in der Feder eintrotzte. Denn längst mußte es jedem die Dinge mit „fühl wägen der Vernunft“ und ehrlichem Verantwortlichkeitsgefühl verfolgenden Deutschen zum Bewußtsein gekommen sein, daß unklarer Gefühlsüberschwang, der vor dem Maßstab der historischen und politischen Tatsachen nicht standzuhalten vermag, der denkbar schlechteste Berater in ernster Zeit ist.

Es wird Sache späterer rückschauender Erörterungen sein, einmal nachzuprüfen, ob alles, was geschehen ist, so kommen mußte, speziell auch in den Dingen, die zu dem Notenaustausch zwischen Deutschland und Amerika geführt haben. Aber die Hauptfrage ist in diesem Augenblick, nicht eine die Öffentlichkeit verwirrende und das Reich politisch schädigende publizistische Laft fortwuchern zu lassen, die von unabsehbarstem Uebel werden kann.

Worin dieses Uebel besteht, hat E. Z. deutlich genug ausgesprochen. Nämlich in einem Ueberdrehen moralischer Entwertung, die ohne Rücksicht auf historische Tatsachen und politische Fakta alles nur unter dem Gesichtswinkel betrachtet, wie der Abscheu vor dem Gegner oder auch nur der der landläufigen deutschen Auffassung nicht zureichenden Neutralen genährt werden kann. Dem, was E. Z. über die amerikanischen Munitionslieferungen und — über Englands (ja glücklicherweise längst gescheiterten!) Ausschungerungsabichten sagt, braucht nicht ein Wort hinzugefügt zu werden.

Ebenso kann dem Vorschlag E. Z. rücksichtslos zugestimmt werden, unter Amerikas Hilfe eine „Neuorientierung“ des Seekriegs mit England zu vereinbaren. Schon einmal hat ja die deutsche Regierung einem früheren Verständigungsplan ihre Zustimmung gegeben. England lehnte damals ab auf der von Deutschland vorgeschlagenen Basis einer solchen Verständigung zuzustimmen. Die von E. Z. vorgeschlagenen neuen Richtlinien einer Vereinbarung, an deren Zustandekommen ja Amerika alles Interesse hat, versprechen vielleicht besseren Erfolg. Jedenfalls ist der Weg aussichtsreich genug, um nicht von vorherem von einem Vortreten abzuschrecken.

Rußland und die Balkanstaaten.

Die russischen Blätter lieferten in den letzten Tagen eine Anzahl Informationen aus russischen diplomatischen Kreisen über den Gang der Verhandlungen zwischen Rußland und den Balkanstaaten. Am interessantesten ist eine Mitteilung in dem Moskauer Blatte „Ruskaia Wedomosti“, die ihre Informationen aus sichtlich gut informierten diplomatischen Quellen geschöpft hat. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß die Diplomaten des Dreiverbandes schon kurz nach Beginn des Krieges den Boden in Bukarest sondierten und der rumänischen Regierung erklärten, sie könne im Falle eines aktiven Eingreifens an der Seite des Dreiverbandes in den Krieg auf Siebenbürgen und einen bedeutenden Teil der Bukowina rechnen. Zugleich wurde ihr erklärt, daß dies das Maximum der Gebietserwerbungen sei, auf das Rumänien rechnen könne. Die rumänische Regierung nahm diese Mitteilung zur Kenntnis, stellte aber im Verlauf der nachfolgenden Kriegsmomente je nach dem Gang der Kriegshandlungen an den verschiedenen Fronten immer neue Forderungen, die sich nicht bloß auf die österreichisch-ungarische Gebietsteile erstreckten, die nach der Zusammenfassung ihrer Bevölkerung als rumänische bezeichnet werden konnten. Die Diplomatie des Dreiverbandes beantwortete damals diese „unberechtigten“ Forderungen Rumäniens mit einer Abfuhr.

Die Petersburger Diplomatie erklärt die Schwankungen Rumäniens und auch sein jetziges Zögern damit, daß nicht nur die Mitglieder der Regierung, sondern auch ein großer Teil des rumänischen Volkes sich noch nicht zu dem Entschluß aufgerafft haben, an der Seite des Dreiverbandes in den Krieg einzugreifen. Der Ministerpräsident Bratianu, so erklären die russischen Diplomaten, steht offenbar nicht im starken Gegensatz zu der öffentlichen Meinung seines Landes. Die häufigen Manifestationen in Bukarest und anderen rumänischen Städten zugunsten des Dreiverbandes dürften nicht als Gradmesser der Stimmung des rumänischen Volkes angesehen werden, da häufig eine unverantwortliche Volksmenge an ihnen teilnehme.

Anders jedoch sei die Lage in Bulgarien. Zunächst müsse darauf hingewiesen werden, daß die vom Dreiverband den Bulgaren gebotenen Kompensationen im Laufe der Kriegsmomente starke Veränderungen erfahren hätten. Als die ersten Verhandlungen mit Bulgarien angeknüpft wurden, habe man sehr vorsichtig sein müssen. Indessen habe der weitere Gang der Ereignisse der Diplomatie des Dreiverbandes die Möglichkeit geboten, Bulgarien weit größere Gebietserweiterungen anzutragen, so daß jetzt die nationalen Forderungen Bulgariens fast uneingeschränkt befriedigt werden könnten. Deshalb sei jetzt sowohl in der bulgarischen Regierung wie in der öffentlichen Meinung eine Schwankung zugunsten des Dreiverbandes zu verzeichnen. Die russischen diplomatischen Kreise sehen in diesem Umstand ein günstiges Symptom für die Bestimmung der künftigen Stellung Bulgariens. Das Zögern Bulgariens wird damit erklärt, daß der psychologische Moment für eine Intervention noch nicht gekommen sei. Dieser Moment werde aber zweifellos eintreten, und zwar unabhängig von dem Eingreifen Rumäniens und höchstwahrscheinlich früher als bei den Rumänen.

In Ergänzung zu diesen Mitteilungen des Moskauer Blattes teilt die Petersburger „Retsch“ aus diplomatischen Kreisen mit, der Umfang der Kompensationen an Bulgarien sei allem Anschein nach schon festgelegt, es handle sich nur noch um die Festsetzung des Zeitpunktes, an dem Bulgarien in den Krieg eingreifen soll.

Nach den Informationen des Petersburger Nationalistenblattes „Golos Russi“ wird in den russischen diplomatischen Kreisen erwartet, daß Bulgarien jedenfalls nicht später als in der ersten Hälfte des Sommers marschieren würde, und zwar werde es gleichzeitig gegen die Türkei vorgehen und ein Hilfskorps für die Serben stellen. Nach den Informationen desselben Blattes soll bereits ein völliges Uebereinkommen zwischen Bulgarien und Rumänien erzielt sein.

Vorläufig ist bei diesen Grundgedanken der russischen Diplomatie der Wunsch der Vater des Gedankens. Ueber die endgültige Haltung der Balkanstaaten wird der Ausfall der Kämpfe in Galizien entscheiden.

Zusammentritt der Duma.

Paris, 14. Juni. (B. L. B.) „Temps“ erfährt aus Petersburg: Es bestätigt sich, daß die Duma vor dem festgesetzten Zeitpunkt zu einer Session zusammengetreten wird. Die Dumaabgeordneten sind der Ansicht, daß ein Zusammentreten notwendig ist, um die Arbeitsproduktion des Landes zu besserer Unterstüßung der Armee zu militarisieren. Ein Ausschuß, dem alle Mitglieder des National- und des Verteidigungsausschusses beider Kammern angehören, hat bereits die Vorarbeiten begonnen.

Die bulgarisch-türkischen Verhandlungen.

Sofia, 14. Juni. (L. U.) Wie von sehr gut informierter Quelle verlautet, finden augenblicklich Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei statt zwecks freundschaftlicher Lösung einer Reihe von Streitfragen, die zwischen beiden Staaten noch seit dem ersten Balkankriege sich in der Schwebelage befinden. Die Unterhandlungen haben auch den Zweck, die Grundlinien der künftigen Politik beider Staaten zueinander festzulegen. Die Türkei hat, um den guten Willen zu beweisen und um in ein dauernd gutes Verhältnis zu Bulgarien zu kommen, sich u. a. bereit erklärt, die innerhalb bulgarischen Gebietes liegende türkische Enklave Bulgarien abzugeben. In Sofioter politischen Kreisen verfolgt man den Verlauf der Verhandlungen mit begreiflichem Interesse.

Die Kriegswahlen in Griechenland.

In Griechenland haben am Sonntag die Wahlen für das Abgeordnetenhaus begonnen. Keine der Parteien hat die Wähler im Unklaren darüber gelassen, daß die diesmalige Wahl entscheidend sei für den Krieg oder den Frieden. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten sind der Regierung bereits 130 Sitze in der Kammer sicher. Saloniki wählte sämtliche 32 Regierungsvertreter, in Attika behauptete sich die Benizelos-Partei mit sämtlichen 22 Sitzen. Die Lage für die Regierung in den Provinzen soll überall günstig sein.

Deutsche Zivilgefangene aus Rußland auf der Reise nach Deutschland.

Stockholm, 14. Juni. (B. L. B.) Gestern trafen hier auf der Durchreise nach Deutschland gegen 200 aus Rußland, und zwar aus dem Gefangenenlager Wologda kommende deutsche Zivilgefangene ein. Der hiesige deutsche Hilfsverein nahm sich der Flüchtlinge, die zur Hälfte aus Frauen und Kindern bestanden, an.

Mussa Effendi als Präsident der Republik Albanien.

Paris, 13. Juni. (B. L. B.) „Petit Parisien“ meldet aus Rom: Man erfährt, daß der Führer der albanesischen Aufstandsbewegung, Mussa Effendi, sich zum Präsidenten der Republik Albanien ausrufen lassen.

Neue englische Kriegsleihe.

London, 14. Juni. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Premierminister Asquith wird in einem Ergänzungsetat 250 Millionen Pfund Sterling für Kriegsausgaben bis zum 31. August 1916 fordern. Dies ergibt mit den bereits bewilligten 250 Millionen 500 Millionen Pfund Sterling für das Finanzjahr 1915/16.

Freiwillige Munitionsarbeiter.

London, 14. Juni. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Aufruf zur Werbung freiwilliger Arbeiter, die in den Arsenalen und Munitionsfabriken einen Teil ihrer freien Zeit während der Nacht arbeiten sollen, hatte zur Folge, daß sich mehr Personen meldeten, als gebraucht werden. Die Zahl geht in die Tausende. Es wurde ein besonderer freiwilliger Stab von Beamten gebildet um die Leitung dieser Arbeit zu übernehmen. Unter den freiwilligen Arbeitern befinden sich Geistliche, Kaufleute, Bankiers, Advokaten und Angehörige anderer Berufe.

Sembat für Rüstungseinschränkungen.

Der Pariser Mitarbeiter der „N. J. Ztg.“, Dr. Max Müller, berichtet seinem Blatte über eine Unterredung, die er mit Genossen Sembat, dem französischen Minister für öffentliche Arbeiten, hatte. Im Laufe der Unterhaltung kam Genosse Sembat auf die Beziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz zu sprechen.

„Ich bin überzeugt“, fuhr der Minister in seinem Interview fort, „daß die Freundschaftsbande zwischen den beiden Republiken in Zukunft noch enger sich gestalten werden. Die Schweiz wird sich mehr und mehr Rechenschaft geben, daß Frankreich für das Recht kämpft und keine Eroberungspolitik verfolgt. Im zukünftigen Europa, wo die Atmosphäre wieder erträglich geworden sein wird für alle Völker, die im Rechtsprinzip ihr Ideal erblicken, um einen Ausdruck unseres Ministerpräsidenten Viviani zu zitieren, wird die Schweiz einen hervorragenden Platz einnehmen. Es ist zu hoffen, daß die Völker, wenn sie wieder vernünftig geworden sind, durch die furchtbaren Katastrophen gewöhnt, sich entschließen, den Weg der Rüstungseinschränkungen zu betreten. Eine solche wohlthätige Maßnahme, die im künftigen Friedensvertrage nicht fehlen darf, könnte aber nicht anders verwirklicht werden, als durch fortwährende Kontrolle einer internationalen Kommission, und ich glaube immer und glaube heute stärker als je, daß der Vorstoß derselben einem neutralen Staate, wie beispielsweise der Schweiz, zukommen sollte.“

Bei dieser Bemerkung — so schreibt Dr. Max Müller — glaubte ich mir, den Minister zu fragen, in welcher Eigenschaft er dem Abrüstungsgedanken Ausdruck verleihen — ob als Regierungsmitglied. „Auf jeden Fall spreche ich nicht als Sozialist zu Ihnen, sondern als Staatsmann, der einfach den Lauf der Dinge verfolgt“, lautete die Antwort. Und auf die weitere Einrede, ob diese Idee nicht eine Umgestaltung der deutsch-französischen Politik zur Voraussetzung habe, entgegnete Sembat mit Ueberzeugung, daß die Notwendigkeit der Rüstungseinschränkung sich überall geltend machen werde, gleichviel, ob Kaiserreich, ob Zarenreich oder Republik. Unbekümmert um das innere Regime der Staaten führe der Tanz der Milliarden die Völker mit elementarer Gewalt zu jener Weisheit, die vor einer Reihe von Jahren der russische Zar im Haag formuliert habe. Jeder Zeitungsleser könne zur Stunde nachrechnen, welche Summen der Krieg verschlinge und mit welcher mathematischer Präzision ein

fortdauerndes Betrüben zum finanziellen Ruin führe. Was die Ausübung der Kontrolle über die zukünftigen Rüstungen anbetreffe, erläuterte Sembat, so sei dieselbe in Zukunft leichter zu verwirklichen, da der Verlauf des europäischen Krieges die ausschlaggebende Bedeutung der Artillerie und der Munitionsvorräte dargetan habe; die Fabrikation dieser letzteren erfordere aber ausgebehnte Werkstätten und lasse sich nicht verheimlichen, so wenig wie der Flottenbau, dessen Einschränkung seinerzeit von England vorgeschlagen worden war.“

Ein Vorschlag Bryans.

Washington, 14. Juni. In einem Aufruf an die Deutsch-Amerikaner betont Bryan, daß Wilson für den Frieden sei. Bryan schlägt eine internationale Vereinbarung vor, welche den Transport von Munition auf Passagierdampfern verbietet. Er ist anderer Meinung als Wilson hinsichtlich der Politik, die gegenüber der Einnischung Englands in die Rechte des neutralen Handels einzuschlagen sei. Bryan war der Ansicht, daß die Note, welche die Alliierten neu auffordert, den amerikanischen Handel nicht zu behelligen, gleichzeitig mit der Note an Deutschland abgehandelt werden sollte.

New York, 14. Juni. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bryan hat wiederum eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, daß die Note nach seinem Abtreten beträchtlich geändert worden sei. Diese Aenderung sei aber nicht hinreichend gewesen, um ein Zurückziehen der Demission zu rechtfertigen. Bryan zweifelt nicht, daß im Kriegsfalle das ganze Land Wilson unterstützen würde.

Zur Haltung der italienischen Sozialisten.

Der „Lokalanzeiger“ berichtet: Der sozialistische Arbeiter von Rom beschloß einstimmig eine Tagesordnung bezüglich des Verhaltens der Partei während des Krieges, deren Veröffentlichung jedoch von der Zensur nicht gestattet wurde. Der Zentralvorstand der sozialistischen Partei tritt, wie gemeldet, am 14. bis 16. d. M. in Rom zusammen, um unter anderem über den Fall von Disziplinlosigkeit des Deputierten Licinatti zu beraten, welcher sich zugunsten des Krieges erklärt hat.

Der sozialistische Stadtrat von Alexandria (Biemont) nahm eine Tagesordnung an, in der er erklärt, daß er in völliger Uebereinstimmung mit der Bevölkerung den Krieg verwünsche. Zwei Mitglieder, der Advokat Borati und Dr. Bugliese, welche dagegen stimmten, wurden von dem sozialistischen Ortsverein aus der Parteiliste gestrichen und haben nun, wie der „Corriere della Sera“ meldet, ihr Stadtordeutenmandat niedergelegt.

Kriegsbekanntmachungen.

Nachfrage nach Vermissten.

Berlin, 14. Juni. (B. L. B.) Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf bittet dringend, sämtliche nach vermissten Kriegern Anfragende, ihre Gesuche nicht zugleich an das Rote Kreuz in Paris und nach Genf zu richten, was vollständig zwecklos ist, sondern bloß an die eine oder die andere Auskunftsstelle zu richten. Beide stehen in fortwährender Beziehung. Wiederholungen der Anfragen sind unnötig und sehr zeitraubend, da sämtliche Gesuche bis zur vollständigen Erledigung aller einzelnen Fälle in Zettelform in der Kartothek aufbewahrt werden.

Feldpostsendungen an bayerische Truppenteile.

In der Aufschrift auf Feldpostsendungen an bayerische Truppenteile wird oft die Abkürzung „b“ für „bayerisch“ angewendet, was zu Unficherheiten in der Leitung der Sendungen Anlaß gibt. Es empfiehlt sich dringend, das Wort „bayerisch“ unverkürzt vor die Truppenbezeichnungen Regiment, Division, Armeekorps zu setzen und zureichendfalls vor jede der genannten Truppenbezeichnungen, also „bayerisches Armeekorps“, „bayerische Division“, „bayerisches Regiment“.

Der deutsche Postverkehr in Rußisch-Polen.

In nachbezeichneten Orten des von den deutschen Truppen besetzten Gebiets von Rußisch-Polen sind deutsche Postanstalten eingerichtet worden, die auch den privaten Post- und Telegraphenverkehr zwischen Deutschland und den Postorten in Rußisch-Polen vermitteln: Bendzin, Czestochau, Kalisz, Kolo, Konin, Lodz, Pabianice, Sieradz, Wielun und Wloclawel.

Zugelassen im Verkehr mit diesen Postorten sind nur offene, gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen (Briefe, Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere) sowie Postanweisungen bis 800 M. und Telegramme in offener Sprache bis zu 15 Wörtern, Postsendungen und Telegramme müssen in deutscher Sprache abgefaßt sein und dürfen keinerlei Mitteilungen über militärische Angelegenheiten enthalten. Der Abschnitt der Postanweisungen darf zu schriftlichen Mitteilungen nicht benutzt werden. Die Postsendungen und die Postanweisungen sind vom Absender nach den Tagen des inneren deutschen Verkehrs voll zu frankieren. In Rußisch-Polen werden hierzu deutsche Postwertzeichen, die den schwarzen Aufdruck: „Rußisch-Polen“ tragen, verwendet. Die Postanweisungen, zu denen das Inlandsformular zu benutzen ist, sind in deutscher Währung auszufüllen. Bei der Auszahlung der Beträge in Rußisch-Polen wird der Umrechnung das Verhältnis von 100 M. = 60 Rubel zugrunde gelegt. Die vom Absender zu entrichtende Gebühr für Telegramme beträgt das Dreifache der Telegrammgebühr für den inneren deutschen Verkehr.

Die Kriegsschreibstuben der Feldpost.

Berlin, 13. Juni. (B. L. B.) Mehr als 2000 Kriegsschreibstuben und Feldpostverpackungsstellen sind in den letzten zwei Monaten im Reichspostgebiet weiter neu eingerichtet worden. Ihre Gesamtzahl beträgt jetzt über 7200. Davon sind 57 Proz. in Schulen untergebracht. Außerdem werden in zahlreichen oberen Volksschulklassen sowie in den meisten Fortbildungsschulen die Schüler an der Hand des Werkblatts für Feldpostsendungen über die bei der Adressierung und Verpackung der Feldpostbriefe zu beachtenden Vorschriften und andere für das Publikum wichtige Feldpostbestimmungen unterrichtet. Durch diese Maßnahmen ist erfreulicherweise eine Abminderung der unrichtig adressierten und mangelhaft verpackten Feldpostsendungen erreicht worden. Die Reichspostverwaltung wendet dem Gegenstande dauernd ihre weitere Fürsorge zu.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 248 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
 Infanterie usw.: Garde: 2. 3. und 5. Garderegiment 3. P.; 2. Garde-Reserve-Regiment; Grenadierregiment Alexander, Franz, Elisabeth und Nr. 5; Garde-Füsilierregiment; Garde-Säbels-bataillon. Lehr-Infanterieregiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilierregiment Nr. 2, 3, 4, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 16, 17, 20, 23, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 34, 38, 40, 44 (f. auch Erf.-Inf.-Regt. v. Berder), 45, 46, 48, 50, 52, 53, 55 bis 60, 62, 63, 65, 67, 69, 70, 73, 75, 76, 78, 79, 80, 82, 84, 85, 86, 87, 94, 95, 97, 100, 110, 112, 114, 117, 118, 128, 129, 130, 131, 132, 135, 137, 138, 141, 142, 147, 148, 149, 150, 152, 154, 157, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 168, 169, 172, 175, 176. Reserve-Infanterieregiment Nr. 1, 5, 6, 7, 11, 17, 18, 19, 21, 22, 26, 27, 29, 30, 32, 38 (f. auch Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 8 der Landw.-Division v. Renges), 40, 49, 52, 55, 56, 59, 60, 61, 64, 65 (f. Inf.-Regt. Nr. 65), 66, 68, 72, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 84, 86, 93, 100, 118, 130, 204, 207, 209, 213, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 228, 231, 233, 240, 257, 261, 264, 267. Erf.-Infanterieregiment Nr. 28, Königsberg I (f. Erf.-Inf.-Regt. v. Ruffbaum), v. Ruffbaum und v. Berder. Reserve-Erf.-Infanterieregiment Nr. 1. Landwehr-Infanterieregiment Nr. 7, 9, 10, 15, 21, 22 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 66), 24, 25, 40, 55, 61, 65, 66, 71, 74, 76, 83, 87 (f. Inf.-Regt. Nr. 17). Landwehr-Erf.-Infanterieregiment Nr. 5, 7, 8, alle drei von der Landwehr-Division v. Renges. Brigade-Erf.-Bataillone: 2. Nr. 5, Nr. 9, 15, 26, 34, 38, 40. Landwehr-Brigade-Erf.-Bataillon Nr. 10 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 5 der Landw.-Division v. Renges). Garde-Landsturm-Infanteriebataillon Wünderdorf. Landsturm-Infanteriebataillone Cosel, I. Deuß, Gnesen, II. Hagenau, 2. und III. Hamburg, III. Hannover, I. Münster und v. Borde. Landsturm-Infanterie-Erf.-Bataillone: 4. Truppen-Übungsplatz Alten-Graben, 16. des 7. Armeekorps (Friedrichsfeld), 8. Gardelegen. Jäger-

Kaisers Nr. 5, 7, 9, 10, 11; Reserve-Jägerbataillon Nr. 21. Reserve-Nachfahrerkompagnie Nr. 81. Maschinengewehr-Abteilung Nr. 5; Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 6, Nr. 8 (f. Inf.-Regt. Nr. 40), Nr. 10 (f. Erf.-Inf.-Regt. v. Ruffbaum); Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 51 (f. Brig.-Erf.-Batt. Nr. 9).
 Kavallerie: Garde-Kürassiere; Grenadiere zu Pferde Nr. 3; 4. Landsturm-Eskadron des 9. Armeekorps.
 Feldartillerie: 1., 2. und 4. Garde-Regiment; Regiment Nr. 4, 5, 10, 21, 23, 30, 39, 43, 52, 53, 72, 80; Reserve-Regiment Nr. 6, 48.
 Fuhrartillerie: 2. Garde-Landwehr-Bataillon; Reserve-Regiment Nr.; Reserve-Bataillon Nr. 26; Landwehr-Bataillon Nr. 3, 8; Reserve-Batterie Nr. 24.
 Pioniere: 3. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 19, 29, 31; Bataillone I. Nr. 3, II. Nr. 4, II. Nr. 9, I. Nr. 10, II. Nr. 14, I. Nr. 17, I. Nr. 21, II. Nr. 27, III. Nr. 28; Reserve-Bataillon Nr. 39; Erf.-Bataillone Nr. 11, 21; Kompagnie Nr. 225; Reserve-Kompagnien Nr. 44, 46, 90; Pionier-Kommando Arnz (f. 1. Pionier-Bat. Nr. 3). Sturmabteilung. Leichte Minenwerfer-Abteilungen Nr. 224, 227; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 115, 138; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 4.
 Verkehrstruppen: Festungs-Eisenbahn-Betriebs-Abteilung Nr. 1. Stappen-Telegraphen-Direktion des 1. Armeekorps. Fernsprech-Abteilung des 20. Armeekorps.
 Train: Train-Erf.-Abteilungen Nr. 6, 8, 9. Schwere Proviantkolonne Nr. 2 des 14. Armeekorps. Reserve-Fuhrparkkolonne Nr. 97 des 34. Reservekorps; Fuhrparkkolonne Nr. 2 der 117. Infanterie-Division.
 Bahnschwabbe 412 Glaz.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 157 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits mitteilten.

Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 8, IV. Hof rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

C. M. 46. Der Herr kann leider Erfüllung des Vertrages verlangen. Der Schwiegerohn hat für die Miete bis zum Ablauf des Vertrages; zum Mietsnachschuß kann der Herr nicht gezwungen werden. — C. 88. Die Berufungsfrist muß eingehalten werden; die Berufung selbst kann nur durch einen Anwalt eingeleitet werden; Sie müssen in diesem Falle zum mindesten die Berufung anmelden. — M. P. 7. 1. Erheben Sie Klage beim Gewerbeamt, Zimmerstr. 97. 2. Eine nochmalige Musterung kann erfolgen. — M. P. 128. Die Unterstützung kann Ihnen event. entzogen werden. — Pantof 177. 1. Hochgradige Schwerhörigkeit auf einem Ohr bei verminderter Gebrauchsfähigkeit des anderen Ohrs; Landsturm ohne Waffe — Arbeitslohn 2. Reichen Sie ein Gesuch um Befreiung unter Beifügung eines ärztlichen Attestes an das Bezirkskommando ein. Ob das- selbe Erfolg hat, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen. — R. 2. 110. 1 bis 3. Ja. — G. 50. Herzkrank; dienstfähig. — R. 9. 9. Nein. — H. 100. Sie sind wegen abnormer Beschwerden höheren Grades für dienstuntauglich erklärt. — P. 63. 1. Die Frau erbt ein Viertel und das Kind ihrer Frau drei Viertel. — M. 2. 26. Wenn der Hausvater ohne jede Einschränkung schriftlich erklärt hat, daß der Mietspreis während des Krieges nur 30 M. monatlich beträgt, dann kann er keinerlei Nachforderungen an Sie stellen. — 100. Friedrichsfeld. 1. Vorkriegs- erbe, das dem Erbberechtigten zufallen muß. Es beträgt die Hälfte des gesetzlichen Erbes. 2. Ihre Einziehung ist unwahrscheinlich. — G. R. 72. 1. Unregelmäßigkeit in der Form des sonst kräftig gebauten Brustkorbes; dienstfähig. 2. Das kommt auf den Unternehmer an. — R. 16. Das Zeichen soll sicher ein A sein und bedeutet: Arbeitslohn. — P. R. 100. Das erste Zeichen kennen wir nicht; das zweite be- deutet: Geringe Erweiterung der Blutadern an den Beinen; dienstfähig.

Heute Dienstag Beginn der Saison Ausverkauf

Auswahl- Sendungen werden nicht gemacht!

Aenderungen werden berechnet!

Modelle und Kopien

50-75 Prozent unter Preis

6 Posten Kinder- Kleidung 95 175 275 375 550 650

	I.	II.	III.	IV.	V.
5 Gattungen Blusen	aus Waschstoffen 1⁹⁰ Früh. 3 ⁵⁰ bis 7 ⁵⁰ M.	aus Wasch- u. Woll- stoffen 2⁹⁰ Früh. 6 ⁵⁰ bis 9 ⁵⁰ M.	aus Wasch- u. Woll- stoffen 3⁹⁰ Fr. 10 ⁵⁰ b. 14 ⁵⁰ M.	aus Wasch- u. Seidenstoffen 5⁹⁰ Früher 15 bis 22 M.	aus Wasch- u. Seidenstoffen 7⁷⁵ Früher 23 bis 45 M.
5 Gattungen Kleider- Röcke	aus Wasch- u. Fantasie- stoffen 2⁹⁵ Früh. 5 ⁵⁰ b. 13 ⁵⁰ M.	aus Wasch- u. Fantasie- stoffen 3⁹⁰ Früher 6 ⁵⁰ b. 19 M.	aus Woll- u. Wasch- stoffen 5⁹⁰ Früher 9 ⁵⁰ b. 25 M.	aus Mohär-, Woll- und Waschstoffen 7⁷⁵ Früher 13 bis 29 M.	aus wollenen, einfarb. u. gemustert. Stoffen 10⁷⁵ Früher 16 bis 34 M.
5 Gattungen Jacken- Kleider	aus Wasch- und Kräusel- stoffen 3⁹⁰ Früher 13 bis 48 M.	aus guten Wasch- stoffen 7⁵⁰ Früher 16 bis 56 M.	aus elegant. Wasch- und Wollstoffen 19⁵⁰ Früher 32 bis 76 M.	aus vorzügl. Stoffen, beste Verarbeitung 35⁰⁰ Früh. 56 bis 150 M.	aus eleganten Stoffen 45⁰⁰ Früh. 72 bis 200 M.
5 Gattungen Garnierte Kleider	aus Wasch-, Tüll- und Musselinstoffen 3⁷⁵ Früher 9 ⁷⁵ bis 27 M.	aus Wasch-, Krepp- und Schleiherstoff 5⁷⁵ Früher 9 ⁷⁵ bis 42 M.	aus Schleier-, Musseln- und Wollstoffen 9⁷⁵ Früher 13 bis 75 M.	aus elegant. Wasch- und Wollstoffen 13⁵⁰ Früher 19 bis 85 M.	aus feinen Seiden-, Wasch- u. Wollstoffen 19⁵⁰ Früh. 26 bis 105 M.
5 Gattungen Sommer- Mäntel	aus Fantasie- und Samtstoffen 6⁵⁰ Früh. 10 ⁵⁰ b. 49 M.	aus Popeline und Tuchstoffen 8⁵⁰ Früh. 14 ⁵⁰ bis 58 M.	aus Seide und Wollstoffen 12⁵⁰ Früher 19 bis 65 M.	aus Zwirnstoffen und Seide 22⁵⁰ Früher 32 bis 85 M.	aus Mohär-, Seiden- und Wollstoffen 35⁰⁰ Früher 52 b. 165 M.

Morgenröcke von 2.90 an Untertailen von 75 Pf. an

Maasssen

Berlin S, Oranienplatz G. m. b. H. Berlin W, Leipziger Str. 42

Herrenhaus.

18. Sitzung: Montag, den 14. Juni, nachmittags 3 Uhr.

Das Haus ehrt das Andenken der inzwischen verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Plätzen.

Minister des Innern v. Loebell erklärt sich auf Befragen durch den Präsidenten v. Wedel bereit, die Interpellation Bernuth über die Ernährung des Volkes in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die geschäftliche Behandlung des Fischereigesetzes.

Auf Antrag v. Nächsthoben-Damtdorf wird das Gesetz einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Der Präsident ersucht die Kommission, ihre Arbeiten möglichst rasch zu beenden.

Der Beschluss des Staatsministeriums zur Pauschalvergütungen für Dienstreisen der Beamten nach nahegelegenen Orten wird zur Kenntnis genommen.

Genehmigt werden eine Verordnung zur Bekämpfung der Malaria in den Kreisen Plesch, Rastowitz-Land und Abnott, eine Verordnung zur Bekämpfung der akuten spinalen Kinderlähmung im Regierungsbezirk Pommern, die Rechtsverordnung für ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, sowie die Verordnung betreffend die Verlängerung der Verordnung über die Bildung von Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moos-, Heide- und ähnlichen Ländereien vom 7. November 1914.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf Wedel spricht die Hoffnung aus, daß die Fischereikommission bis Sonnabend mit ihren Arbeiten fertig sein wird. Das Fischereigesetz soll dann als zweiter Gegenstand und als erster die Interpellation Bernuth auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schluß der Sitzung: 3 1/2 Uhr.

Arbeiterfragen

vor der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Der Berichterstatter Abg. Dirsch-Effen stellte fest, daß unser Wirtschaftsleben, wenn auch mit gewissen Schwankungen und Unregelmäßigkeiten, trotz des Krieges seinen Gang weitergehe. Nicht glänzend, denn wir lebten ja nicht in einer Hochkonjunktur; aber doch so, daß, wenn es gelinge, den heutigen Stand der Dinge beizubehalten, wir überzogen sein könnten, wirtschaftlich durchzuhalten. Der Berichterstatter verwies weiter darauf, daß die möglichst umfassende Aufrechterhaltung der gewerblichen Tätigkeit das oberste Ziel sei, das dem Durchhalten und zu den Erfolgen unserer Truppen im Felde. Unter den Maßnahmen, die hier in Betracht kommen, erwähnte der Berichterstatter unter anderem: die Verlassung derjenigen Arbeiter und Beamten, die zur Aufrechterhaltung der Betriebe notwendig sind. Weiter wies der Berichterstatter auf die Bedeutung hin, die eine möglichst umfassende Aufrechterhaltung der Betriebe und ihrer Leistungsfähigkeit auch für die Zeit nach dem Kriege habe. Man solle deswegen die Ausfuhr nach den neutralen Ländern nach Möglichkeit aufrechterhalten. Man solle auch in dieser oder jener Richtung schon jetzt Maßnahmen für die Zeit nach dem Kriege vorbereiten, insbesondere Maßnahmen handels- und verkehrsrechtlicher Art. Bürokratische Eingriffe solle man vermeiden, ebenso polizeiliche Reglementierungen, wo sie nicht unbedingt notwendig seien. Der Berichterstatter erörterte sodann die Lage der einzelnen Industriezweige und die Maßnahmen, die getroffen werden könnten, um die Erzeugung von Waren, beispielsweise die Förderung von Kohlen und Erzen, weiter zu heben.

Der Minister für Handel und Gewerbe wie auch die Kommission selbst traten den Ausführungen des Berichterstatters in allen Hauptpunkten bei. Insbesondere wurden die Darlegungen, die sich auf das ersprießliche Zusammenarbeiten von Zechenverwaltungen und Bergarbeiterschaft bezogen, allseitig begrüßt. Die Vereinstätigkeit der Bergarbeiter, durch Verfahren von Ueber- und Nebenschichten die Deckung des Kohlenbedarfs im vaterländischen Interesse sicherzustellen, wurde allseitig anerkannt. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, den guten Willen der Arbeiter und ihre Wehrleistung auch dadurch zu belohnen, daß ihnen eine als Kriegszulage zu bezeichnende vorübergehende besondere Entschädigung gewährt werde. Angeregt wurde ferner, daß die Frage der Ueberstunden und der Entlohnung möglichst durch Einigungsamt unter Beteiligung von Vertretern der Arbeiter geregelt werden sollte. Demgegenüber wurde auf Bedenken hingewiesen, die der Gewährung einer solchen Kriegszulage entgegenstehen; die Löhne hätten bereits gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine Steigerung erfahren und seien in weitem Ansehung begriffen. Gegenüber dem Vorschlag, ein Einigungsamt für die Zeit während des Krieges einzurichten, wurde hervorgehoben, daß die jährlichen Wünsche und Beschwerden der Bergarbeiter bereits in den Arbeiterausschüssen zur Sprache gebracht werden könnten und in ausgiebiger Weise gebracht worden seien. Dem wurde wieder entgegengeworfen, daß die Arbeiterorganisationen durch ihr Verhalten während des Krieges ihre Zuverlässigkeit bewiesen hätten.

Der Handelsminister erklärte: Die Staatsregierung sei ständig darauf bedacht gewesen, dem Bergbau die für Aufrechterhaltung und Steigerung der Förderung notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten. Gegenwärtig betrage die Förderung im Steinkohlenbergbau etwa 75 Proz. und im Braunkohlenbergbau mehr als 90 Proz. der Friedensleistung. In der Beurteilung der sonstigen Maßnahmen zur Verstärkung der Kohlenförderung sei dem Berichterstatter zuzugeden, daß die Frage der Ueberstunden nicht mit der Frage der Lohnsteigerung zu verquiden sei. Die Vermehrung der Ueberstunden finde an der Leistungsfähigkeit der Arbeiter ihre natürliche Grenze. Es sei anzuerkennen, daß sich die Arbeiter bisher bereitwillig dem Verfahren von Ueberstunden unterzogen hätten, wie auch von den Arbeiterorganisationen die Notwendigkeit der Ueberstunden anerkannt worden sei. Es reihe zu hoffen, daß sich die Bergwerksbesitzer weiterhin mit den Arbeiterausschüssen über die Einlegung von Ueberstunden in dem erforderlichen Umfange verständigen würden. Die Löhne seien im letzten Quartal, wie die amtliche Statistik ergebe, gestiegen, und würden, wie mit Sicherheit angenommen werden dürfte, weiter steigen. Die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung sei mit Rücksicht auf die Steigerung aller Wirtschaftskosten, durch die sich die Kosten eines Bergarbeiterhaushaltes im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier um circa 25 Proz. erhöht hätten, unbedingt zuzugeben. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß sich die Rentabilität des Bergbaues während des Krieges nicht wie bei den Kriegsinflationen im eigentlichen Sinne erhöht habe, sondern hauptsächlich infolge Gleichbleibens der Generalunkosten bei eingetragener Förderung erheblich herabgegangen sei. Dies ergäbe sowohl die vom Privatbergbau bekannt gewordenen Zahlen, als auch die Abschlässe der staatlichen Steinkohlenbergwerke, die sehr erhebliche Ausfälle gegenüber dem Etatslohn und gegenüber den Ergebnissen des Vorjahres aufwiesen. In der Frage der Einigungsämter hätten sich bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der vorsehlagenen Art der Zusammensetzung ergeben. Der Wunsch der Gewerkschaftsführer, mit den Vertretern der Arbeitgeber oder ihrer Organisationen überhaupt zu Verhandlungen zusammenzukommen, sei zu deren Kenntnis gebracht worden. Da

sich das gewünschte Ziel nicht hätte erreichen lassen, sei Anordnung an die Bergbehörden ergangen, bei vorkommenden Streitigkeiten vermittelnd einzugreifen, und zwar auch dann, wenn die Anrufung nur von einer Seite erfolge. Durch Verhandlungen der Bergwerksbeamten mit beiden Teilen sei es schon mehrfach gelungen, drohende Differenzen beizulegen, und es sei zu hoffen, daß sich auf diesem Wege auch künftig Streitigkeiten würden vermeiden lassen. Ueber die

Fragen des Handels und des Geldverkehrs

berichtete Abg. Lippmann-Stettin. Er führte aus, daß durch den Krieg dem Handel die schwersten Wunden geschlagen seien. Unser Ueberseehandel, unser Seetransportgeschäft ruhe zurzeit völlig. Der Handel im Inlande sei beschränkt durch die Notwendigkeiten des Krieges, die dazu geführt hätten, ihn in Gestalt einer Reihe von Kriegsgesellschaften zu zentralisieren. Es sei ein berechtigter Wunsch des Handels, daß seine berufenen Vertreter bei der Verwaltung dieser Kriegsgesellschaften und auch bei den Einkäufen der Militärverwaltung durch Proviantämter, Bekleidungsämter und die Zentralstelle für Heeresverpflegung möglichst zugezogen würden, und zwar sowohl beratend als auch geschäftlich. Bei der Beschlagnahme einzelner Handelsgüter, die durch den Krieg notwendig geworden sei, seien die Preise nicht entsprechend den Einkaufspreisen festgesetzt worden, insbesondere bei der Beschlagnahme der Reisvorräte; hier sei ein Beschlagnahmepreis konstituiert worden, der nur die Hälfte des Einkaufspreises zur Zeit der Beschlagnahme darstelle. Ähnlich lägen die Verhältnisse bei der im Eigentum deutscher Kaufleute befindlichen Wolle, die im okkupierten Feindlande der Beschlagnahme durch das Reich verfallen sei. Die Preise für Zucker seien zurzeit sehr hoch; die Vorräte müßten möglichst sämtlich dem Verbrauche zugeführt werden. Es falle auf, daß in Hamburg und Danzig große Vorräte an Zucker im Freihafen lägen. Die Reichseinkaufsgesellschaft sollte mehr Rücksicht auf den eingekauften Handel nehmen und sich insbesondere bei ihren Einkäufen im Auslande beruigen deutschen Firmen bedienen, die dort seit langen Jahren maßgebend seien.

Die Aufhebung der Stundungen für Auslandswechsel und die Wiedereinführung der kurzen Wechselprotokolle, die zum 1. Juli geplant sei, erzeuge Bedenken. Dagegen sei man mit der Behandlung der inländischen Aktien ausländischer Unternehmungen auf Grund der Bundesratsverordnung im ganzen einverstanden. Nach dem freiwilligen Schluß der Berliner Börse habe sich in Berlin ein freier Börsenverkehr entwickelt, der zunächst gewisse Ausbreitungen gezeigt habe, durch das Eingreifen der Banken seit Juni indessen derart geregelt sei, daß Nachteile von ihm nicht zu erwarten seien.

Die Geldwirtschaft des Landes sei gut. Der Goldbestand der Reichsbank habe sich während des Krieges um etwa 1100 Millionen Mark erhöht, die Notendekung von 30 auf 35 Proz. gehoben. Der Zinssatz für tägliche Gelder bei den Banken sei 2 Proz. Bankgelder und Privatgelder seien für die Bedürfnisse des Handels reichlich vorhanden. Die Sparlastenguthaben hätten sich im Jahre 1914 um 600 Millionen Mark gehoben. Aus alledem folge eine gesicherte Geldwirtschaft und eine volle Sicherheit der deutschen Valuta. Die Tatsache, daß unsere Valuta im Auslande gegen Paris zurückgegangen sei, sei also durch unsere Geldwirtschaft in keiner Weise bedingt und nur auf die Störung unserer Handelsbeziehungen mit dem Auslande infolge der Sperre durch England zurückzuführen. Zum Schluß sprach der Berichterstatter den Wunsch aus, daß mindestens die Einfuhr, soweit sie noch möglich sei, dem deutschen Handel erhalten bleiben möge und nicht etwa durch die Reichseinkaufsgesellschaft an sich gerissen werden möge.

Der Handelsminister bemerkte: Die von dem Berichterstatter erwähnte Ausschaltung des Handels werde auch von der Handelsverwaltung lebhaft bedauert, sei jedoch in den jetzigen Kriegsjahren durch die Verhältnisse begründet. Bei den in erster Linie in Frage kommenden Aufträgen der Heeresverwaltung handele es sich überwiegend um Lieferungsgegenstände, bei denen eine Beteiligung des Handels auch im Frieden nicht üblich sei. Die Heeresverwaltung habe sich jedoch bereit erklärt, die im Handel vorhandenen Vorräte, soweit sie sich in brauchbarem Zustande befänden und zu angemessenen Preisen zu haben wären, aufzunehmen. Bei der Einfuhr aus dem Auslande fände eine Beschränkung des Handels nicht statt. Bei den sogenannten Kriegsgesellschaften wolle er noch wie vor für eine möglichst größere Heranziehung des Handels besorgt sein. Bezüglich der Aufhebung des Wechselmoratoriums mochte der Handelsminister darauf aufmerksam machen, daß vor Entscheidung dieser Frage Handelsvertretungen gehört worden wären und daß die Nichterneuerung deren Wünsche entsprochen habe.

In der Besprechung stimmten die Mitglieder der Kommission im wesentlichen den Darlegungen des Berichterstatters zu. Von einer Seite wurde die Regelung des Wechselverkehrs befürwortet, von anderer Seite Vorzüge des Staates dafür gefordert, daß die Zuckerpresse im Inland möglichst niedrig gehalten werden würde. Ein diesbezüglicher Antrag kam nicht mehr zur Abstimmung, sondern soll in der Sitzung vom Dienstag beraten werden.

Politische Uebersicht.

Hausdurchsuchungen und kein Ende.

Sonnabend vormittag erschienen sieben Beamte der Düsseldorfener Kriminalpolizei in den Räumen der dortigen Parteidruckerie und des Parteisekretariats und nahmen eine Durchsuchung sämtlicher Schränke — einschließlich der Geldschränke —, Kisten und Kästen vor. Welchem „Objekt“ die diesmal äußerst gründlich vorgenommene Arbeit galt, war nicht genau zu erfahren. Mitgenommen wurde im Parteisekretariat eine Anzahl von Broschüren, die die amtlichen Stenogramme der Reden enthalten, die von unseren Genossen in der Würtztagung des Reichstags gehalten worden sind. Der Hausdurchsuchung in den Büroräumen folgten solche in den Privatwohnungen verschiedener Genossen. Ein Genosse ist Freitagabend — angeblich wegen unerlaubter Druckschriftenverbreitung — verhaftet worden. Der Verhaftung folgte abends gegen 11 Uhr eine Durchsuchung seiner Privatwohnung.

Etwas sehr post festum wurde in der Filialexpedition unseres Parteiblattes in Hilden (einer Stadt im Landkreis Düsseldorf) nach dem seinerzeit beschlaggenommenen „Morgenrot“ gebausucht, ebenso bei einer Anzahl bekannter Hildener Genossen.

Am späten Nachmittag des Sonnabend kam die Düsseldorfener Polizei nochmals in das Volkshaus und wieder wurde das Parteisekretariat einer Durchsuchung unterzogen und weiter dann auch nahezu sämtliche Gewerkschaftsbüros. Das Metallarbeiterbureau, das Sonnabends nachmittags geschlossen ist, ließ man durch einen Schlosser öffnen. Irdenwelches Resultat sollen die Hausdurchsuchungen nicht ergeben haben. Der Parteisekretär, Genosse Westkamp, wurde hierauf zur polizeilichen Vernehmung zur Polizei zitiert, d. h. er mußte mit den Beamten sofort mitgehen und war bis Montagmittag noch nicht wieder entlassen worden.

Auch der am Freitagabend verhaftete Genosse ist noch nicht wieder auf freiem Fuße; er wurde am Sonntag in

Sträflingskleidung vernommen. Weiter fanden bei einigen anderen Genossen Hausdurchsuchungen statt, denen polizeiliche Vernehmungen folgten. Welche Ursachen dieser ganzen Aktion zugrunde liegen, ist mit Sicherheit noch nicht bekannt.

Eine notwendige Kritik.

Das mehr als merkwürdige Verhalten der Freijüngigen, die gegen die Beratung ihres eigenen Wahlrechtsantrages im Abgeordnetenhaus stimmten, veranlaßt das „Berliner Tageblatt“ zu folgender Kritik:

„Man kann der Meinung sein, daß es nicht zweckmäßig sein würde, die Frage der preussischen Wahlreform während des Krieges praktisch zu lösen, und man kann es doch sehr unzweckmäßig finden, daß eine Aussprache über diese Frage mit Hilfe der fortschrittlichen Stimmen verhindert wurde. Man muß doch bedenken: die maßgebende Mehrheit der Leute, die diese Aussprache nicht wollen, will überhaupt keine Reform. In Friedenszeiten würden sie sich auch gar nicht scheuen, das mehr oder minder unerblickt eingestehende. In dieser Kriegszeit aber hat es keine Unbequemlichkeit, für bestehende Vorrechte Gründe vorzubringen, die der vorherrschenden Stimmung nicht allzu sehr ins Gesicht schlagen. Daher ist es vom Standpunkt der maßgebenden Parteien des Abgeordnetenhauses durchaus zu verstehen, wenn sie auch die bloße Erörterung des Wahlrechtsproblems nicht wünschen. Ganz und gar nicht zu verstehen aber ist, warum eine Partei, die die Wahlreform immer noch für eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart hält, dazu helfen sollte, ihnen die derzeitige Unbequemlichkeit ihres ablehnenden Standpunktes zu ersparen. Man hätte das schon deshalb nicht tun sollen, weil man auf die Weise auch dazu verhalf, der Regierung die Gelegenheit zu einer beruhigenden Erklärung abzunehmen. Nichts würde ja gründlicher dazu beitragen, die angeblich so gefühlige Erörterung über die Wahlreform freiwillig anzuschließen, als eine Erklärung der preussischen Regierung: wie werden diese Aufgabe zwar nicht während des Krieges, aber nach geschlossenem Frieden unverzüglich in Angriff nehmen. Man sähe den guten Willen, und man würde sich damit in dem Augenblicke zufrieden geben können, wo das berechtigte Mißtrauen darüber zum Schweigen gebracht wäre, ob der gute Wille überhaupt vorhanden ist. Wir wissen nicht, ob die Regierung die Absicht hatte, die Gelegenheit zu einer Erklärung zu benutzen, die von wahrer Unparteilichkeit und staatsmännischem Weitblick gezeugt hätte. Aber wir können nur wiederholen: Sache der fortschrittlichen Volkspartei dürfte es wohl nicht sein, der Regierung eine der besten Gelegenheiten zur Festigung des allgemeinen Vertrauens abhandeln zu lassen.“

Schiedsgerichte und Frieden.

In den „Dokumenten des Fortschritts“ beantwortet der schweizerische Genosse Nationalrat Charles Raine die Frage, ob durch das Schiedsgerichtswesen eine Verminderung der Streitigkeiten unter den Völkern erzielt werden könne, in folgender Weise:

„Zur Stunde, da das Völkerrecht und seine Verträge so sehr an Wert verloren zu haben scheinen, ist es vielleicht angemessener, den Schiedsgerichtsverträgen große Bedeutung beizumessen; und doch ist diese Bedeutung vorhanden. Sie liegt weniger in der unmittelbaren Wirkung als in den ferneren Folgeerscheinungen. Die Schiedsgerichtsbarkeit stellt eine Bemühung für Vertraulichkeit der Völker dar, und stellt gerade dadurch die Schwächen der bestehenden Völkerorganisation, insofern von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, in helles Licht. Was bisher in dieser Richtung gearbeitet wurde, hat die Notwendigkeit einer Zentralinstanz aufgewiesen, an welche ein Teil der Staatsouveränität aller Völker überzugehen hätte. Diese Zentralisierung würde den schiedsgerichtlichen Entscheidungen zwangsgemäße Durchführung verbürgen.“

„Die Geschichte der Schweiz bildet ein Parallelsbeispiel hierzu. Der ursprüngliche Allianzvertrag zwischen unseren kleinen kantonalen Republiken war ein recht loser und hat unglücklicherweise nicht stets die Kriege zwischen den einzelnen Kantonen zu verhindern gewußt. Aber in je weitergehendem Maße die Kantone sich dazu bereit fanden, einen stets größeren Teil ihrer Souveränitätsrechte an die Bundesregierung abzutreten, wurde das Band stets enger und enger, und heute kann man wohl sagen, daß die Stärke der Zentralgewalt jede Möglichkeit eines Krieges zwischen den Kantonen ausschließt. Ist das nicht vielleicht ein Vorbild für die künftige Entwicklung der Vereinigten Staaten Europas und der Vereinigten Staaten der Erde?“

Kriegsinvalidenfürsorge.

Im den Zusammenhang zwischen den einzelnen Organisationen herzustellen, die sich in Preußen zum Zwecke der Uebernahme der Kriegsinvalidenfürsorge gebildet haben, und um mit den durch die Beschädigten dieser Organisationen bedingten Aufgaben doch für ein möglichst einheitliches Vorgehen in allen Landesteilen zu sorgen, auch um die an einer Stelle bereits getroffenen Einrichtungen und gewonnenen Erfahrungen für andere Stellen nutzbar zu gestalten, haben die preussischen Ministerien eine Darstellung der bisherigen Entwicklung auf diesem Gebiete und eine Zusammenfassung der für die Arbeit der Organisationen in Betracht kommenden Grundsätze und Richtlinien gegeben, die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Montagabend zum Abdruck gebracht werden.

Kriegsschäden in Ostpreußen.

Nach dem nunmehr gewonnenen übersichtlichen Bild über die Kriegsschäden der Provinz Ostpreußen haben von den Einwohnern während der feindlichen Einbrüche längere oder kürzere Zeit die Heimat verlassen etwa 190 000 im Regierungsbezirk Königsberg und etwa 360 000 im Regierungsbezirk Allenstein. Die Höchstzahl der Einwohner, die die Provinz Ostpreußen verließen, dürfte 350 000 bis 400 000 betragen. Zurückgekehrt ist bisher der größte Teil der Flüchtlinge, besonders auf dem Lande. Von den Rußen sind, soweit bisher festgestellt wurde, in der Provinz 1620 Zivilpersonen getötet und 433 verwundet worden. Bestimmte Zahlen über Bergewaltigungen und Schändungen lassen sich nicht angeben. Die Zahl der nach Rußland verschleppten Einwohner beträgt nach den bisherigen Angaben insgesamt 5419 Männer, 2587 Frauen und 2719 Kinder. Von den Männern besteht der größte Teil aus hilflosen Greisen. Viele der Verschleppten haben infolge der Strapazen Leben oder Gesundheit verloren. Durch feindliche Brandlegung ganz oder zum erheblichen Teil zerstört sind im Regie-

rungsbezirk Königsberg 7 Städte, 75 Dörfer und 56 Güter, im Regierungsbezirk Allenstein 10 Städte, 292 Dörfer und 97 Güter, im Regierungsbezirk Gumbinnen 7 Städte, 205 Dörfer und 83 Güter. Die Zahl der insgesamt zerstörten Gebäude beträgt 33 553. Etwa ein Drittel waren Wohnhäuser. Der Hausrat ist schätzungsweise in hunderttausend Wohnungen vollständig und in ebensoviele anderen Wohnungen teilweise geräumt oder vernichtet. In dem während des Winters vom Feinde besetzten Fünftel der Provinz war, als der Feind vertrieben war, kaum ein Stück Vieh mehr vorhanden. In den ganzen Grenzkreisen waren fast alle landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen geräumt oder vernichtet. Die meisten Mühlen, Ziegeleien, Brennereien und Woltereien waren systematisch zerstört. Trotzdem sind in den Grenzkreisen etwa 800 000 Morgen mit Sommerfaat bestellt und nur 160 000 Morgen unbestellt geblieben. An Vorschädigungen sind bis zum 1. Juni 125 340 726 M. ausgezahlt worden. (W. L. B.)

Vom Liberalismus in Bayern.

Am 1. Juli wird das „Bürgerliche Tagblatt“ sein Erscheinen einstellen. Die Bürgerliche liberalen Parteien haben beschlossen, der Zeitung den Zuschuß, ohne den an ihr Durchhalten nicht zu denken war, zu entziehen und dafür die „Neue Bürgerliche Zeitung“ zu unterstützen. Das „Tagblatt“ ist das Organ des Linksliberalismus, geführt von Karl Köhl, einem alten Demokraten. Die „Neue Bürgerliche Zeitung“ ist das nationalliberale Organ. Der rechte Flügel des Liberalismus schlägt also durch seine finanzielle und politische Übermacht dem linken Flügel die Waffe der Presse aus der Hand und schafft sich selbst freie Bahn für die eigene Presse. Damit erreicht er indirekt eine Stärkung der Position, sowohl der „Bayerischen Landeszeitung“ mit ihren bauerndemokratischen Elementen, als auch des Zentrums, das mit Köhl einen gefährlichen Gegner verliert. Das Eingehen des „Bürgerliche Tagblatts“ zeigt eine deutliche Entwicklung des Bürgerlichen Liberalismus nach rechts hin.

Zum Regierungspräsidenten in Königsberg i. Pr.

wird an Stelle des ins Landwirtschaftsministerium als Ministerialdirektor berufenen Grafen Kasperling nach einer Meldung aus Königsberg der Regierungspräsident Gramsch-Gumbinnen, der frühere Präsident der Anstaltungs-Kommission treten. Regierungspräsident in Gumbinnen soll Graf Lambsdorff vom Königsberger Oberpräsidium werden.

Aus der Partei.

Eine Erklärung Scheidemanns.

Die Stamper'sche Korrespondenz verbreitet folgende Erklärung des Genossen Scheidemann: Die „Berner Tagwacht“ hat am 8. d. Mts. einen Artikel „Dinter den Mäulchen in großer Zeit!“ veröffentlicht, der an Gehässigkeit und Unvorsichtigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Soweit der Artikel sich mit der Reichstagsfraktion beschäftigt, muß es ihr selbst vorbehalten bleiben, ob sie dazu Stellung nehmen will. Die mir persönlich gemeldeten Liebenswürdigkeiten lassen mich kalt. Einem mitverleumdeten Freunde bin ich jedoch schuldig, eine Tatsache festzustellen. Es heißt in der „Berner Tagwacht“:

„Die nationale Verteidigung“ zum Beispiel ist eine schöne feierliche Sache. Aber nur, wenn sie von anderen erfüllt wird. Kommt man selbst an die Reihe, um zu Säbel und Gewehr greifen zu müssen, so ist das fatal. Wie kann man sich drücken? Man erinnert sich der Hintertreppe, geht zu Scheidemann und findet Gehör. Scheidemann kletterte die Hintertreppe empor, um mit Bahnschaffe, dem Adlatus des Kanzlers, zu reden, findet aber kein Gehör. Pech, was der Mensch hat. Da haben wir nun in Deutschland eine Zeitungskorrespondenz, die seit dem 4. August alles aufgedeckt hat, um die Parteipresse im Sinne der Regierungspolitik zu speisen und zu beeinflussen; ihr ist es zu danken, daß die Redaktionen am 5. August verleugneten und abjurierten, was sie am 3. August noch gefeiert und angebetet hatten. Der Herausgeber dieser Korrespondenz hat Tag und Nacht daran gearbeitet, den Massen durch die tausend Kanäle der Parteipresse die Erkenntnis der nationalen Verteidigungspflicht als einer erhabenen sozialistischen Pflicht zu suggerieren — und jetzt, wo dieser Mann das Maß hat, selbst ins Feld zu rufen, da ist von Bahnschaffe nicht einmal die sichere Zusage zu erlangen, daß er durch eine Vermittlungaktion bei der österreichischen Botschaft die Befreiung des Mannes vom Seeresdienst erwirken wird. Achselzucken... davon kommt keiner vom Militär los! Noch dazu, wo es sich um ein so nützlich Werkzeu der Regierungspolitik handelt!

Undank ist der Welt Lohn! Der Rohre hat seine Schuldigkeit getan, der Rohre muß marschieren!

Dazu stelle ich folgendes fest: Als mir bekannt wurde, daß Genosse Stamper zum Militär ausgehoben war, fragte ich telephonisch bei ihm an, ob es ihm recht sei, wenn ich ihn reklamiere unter Hinweis auf die große Verlegenheit, die für viele der kleinen und mittleren Parteizeitungen entstehen würden, wenn seine Korrespondenz plötzlich einginge. Stamper verbat sich eine solche Reklamation ausdrücklich. Er werde sich bemühen, einen Vertreter für seine Korrespondenz zu bekommen. Ich kenne die Verhältnisse unserer Parteipresse sehr gut und glaube in ihrem Interesse zu handeln, wenn ich trotz des Widerstandes, den Stamper geleistet hatte, eine Reklamation einreichte. Das ist am 21. Mai geschehen. Am Pfingstsonntag habe ich Stamper Mitteilung von meinem Vorhaben gemacht. Er fuhr mich deshalb sehr unfreundlich an. Am Pfingstsonntag erhielt ich von ihm dann einen Brief, in dem er mir abermals mitteilte, daß er unter keinen Umständen reklamiert werden wolle und in diesem Sinne bereits an die österreichische Botschaft geschrieben habe. Eine Abschrift des Briefes an die Botschaft fügte er bei. Mir blieb nunmehr nichts weiter übrig, als die Reklamation zurückzuziehen.

Es genügt die Feststellung dieses Tatbestandes, um die Verleumdung des Genossen Stamper durch die „Berner Tagwacht“ in ihrer ganzen Erbärmlichkeit zu zeigen. P. S. Scheidemann.

Aus Industrie und Handel.

Die diesjährige Ernte.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, nach der in der Zeit vom 1. bis 4. Juli eine Erhebung der Ernteflächen beim feldmäßigen Anbau von Winter- und Sommerweizen, Spels, Winter- und Sommerroggen, Gerste, Menggetreide, Mißfrucht, Hafer und Kartoffeln durch Festagen der Betriebsinhaber oder ihrer Stellvertreter stattfinden soll. Die Erhebung erfolgt gemeindefreiwillich. Die Ausführung der Erhebung liegt den Gemeindebehörden ob.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hat sich in seiner letzten Sitzung für die Beschlagnahme von Getreide des Erntejahres 1915/16 mit Einschluß der Gerste, jedoch mit Ausschluß des Saatgutes aus anerkannter Saatgutwirtschaft, ausgesprochen.

Die Beschlagnahme müsse spätestens bis zum 1. Juli allgmein bekanntgegeben werden. Der Schwerpunkt für die Sammlung und Verteilung der Vorräte müsse in die Kommunalverbände gelegt werden. Als den Kommunalverbänden nächstübergeordnete Stellen sind die Provinzen zu bestellen, während die Reichszentralstelle nur als Ausgleichsstelle zu dienen hat. Von der Beschlagnahme von Kartoffeln, Rüben usw. und der Futtermittel soll Abstand genommen werden, dagegen sei in Verbindung mit der Beschlagnahme von Getreide die Festlegung von Höchstpreisen für Futter- und Düngemittel unerlässlich. Die Preise für Wehl, Futter- und Düngemittel in ein angemessenes Verhältnis zu den Getreidepreisen gebracht werden. Weiter fordert die Landwirtschaftskammer Herabsetzung der Zuckersteuer und Erweiterung des Brennrechtes der Brennereien.

Italiens Kohlenversorgung durch Amerika.

Die italienische Regierung hat jetzt, wie die „Morning Post“ schreibt, die Kontrolle über die Kohlenversorgung Italiens fast ganz in die Hand genommen. Das geht aus der großen Zahl der Dampfer hervor, welche in Cardiff durch Vertreter der italienischen Staatseisenbahn gechartert werden. Die meisten dieser Schiffe werden dazu benutzt, um amerikanische Kohlen zu bringen. Die bezahlte Tonnenfrachtrate beträgt 45 sh. Die Kohlenbergwerke in den Vereinigten Staaten fühlen jetzt weitgehend die Wirkung der Einschränkung der Verschiffung britischer Kohle nach neutralen Ländern. Die Bewilligung der nötigen Erlaubnis wird jetzt so genau überwacht, daß es für einen Dampfer fast unmöglich ist, mit seiner Ladung fortzukommen. Die Zeit scheint nicht mehr fern zu sein, wo die Kohlenausfuhr nach anderen als verbündeten Ländern fast unmöglich ist. Die Folge ist eine riesige Nachfrage nach amerikanischen Kohlen für südamerikanische Länder, Spanien usw. Die Zahl der Aufträge für Brasilien und Argentinien steigt täglich und wird der Hauptfaktor auf dem Frachtenmarkt werden. Inzwischen dauert die Knappheit der Frachten von La Plata-Häfen heimwärts an. Das mag bedeuten, daß die Kohlenfrachten von Nordamerika nach Südamerika noch höher steigen, um die Dampfer zu bestimmen, solche Ladungen zu nehmen.

12. ordentlicher Genossenschaftstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Frankfurt a. M., 14. Juni 1915.

Im Saal des Zoologischen Gartens trat heute das Parlament der deutschen Konsumvereine zusammen; vorausgegangen waren am Sonnabend und Sonntag Sitzungen des Vorstandes, Ausschusses und des Generalkonferenzen, die nicht öffentlich waren. Der Krieg ist natürlich nicht ohne Einfluß auf die Beteiligung geblieben. So fehlen vor allen Dingen die Vertreter der ausländischen Genossenschaftsverbände, ebenso ist die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands diesmal unvertreten. Dagegen bleibt die Zahl der Delegierten nur um wenig hinter dem Besuch des vorjährigen Bremer Genossenschaftstages zurück. Anwesend sind über 800 Vertreter der Vereine und Genossenschaften, ferner als Gäste Bürgermeister Luppe und Magistratsrat Dr. Stein, Dozent für Genossenschaftswesen an der Universität Frankfurt, diese beiden Herren als Vertreter des Magistrats von Frankfurt am Main, Professor Dr. Kahn für das Soziale Museum, Dr. Franz Wehler von der Abteilung für Sozialpolitik. — Der Vorsitzende, Konrad Barth-München eröffnet den Genossenschaftstag, begrüßt die Gäste und gedenkt der Opfer des Krieges aus Genossenschaftskreisen sowie der verstorbenen Generalkonferenzmitglieder Bernhard-Frankfurt a. M. und Schüller-Crimmitschau. — Bürgermeister Luppe begrüßt die Konferenz im Namen der Stadt Frankfurt willkommen. Das Stattfinden der Tagung sei ein Zeichen nicht nur für die günstige Kriegslage, sondern auch für die ruhige Sicherheit und feste Kraft des deutschen Volkes. Groß sei die Bedeutung der Konsumgenossenschaften angesichts des englischen Auslieferungsgesetzes: „Wir haben uns gewiß nach der Decke strecken müssen, aber wir sind besser darüber hinweggekommen, als wir selber gehofft haben. Das verdanken wir dem Organisationsgedanken, von dem auch Ihre Bewegung getragen ist. Die schwere Aufgabe, die dem Reiche und den Gemeinden auferlegt ist, die Bevölkerung mit preiswerten Lebensmitteln zu versorgen, ist ihnen wesentlich durch das Vorbild Ihrer Vereine erleichtert worden.“ — Magistratsrat Professor Dr. Stein: Die Genossenschaft ist der Friede; im Frieden ist die Genossenschaft zu eminentem Wachstum emporgekommen. Daß unsere Volkswirtschaft so gut funktioniert, verdanken wir zum großen Teil den Genossenschaften. Sie sind die notwendige Ergänzung zu den Organisationen des Großhandels und der Industrie. Wo wären wir in diesem Kriege, wenn wir nicht in dieser belagerten Festung, die Deutschland jetzt darstellt, die Genossenschaften hätten? Wir sehen in diesem Kriege, was Organisationsfähigkeit und Organisationswille unseres Volkes vermögen. Haben wir früher manches von England gelernt (erste Genossenschaftsreise nach England und um die Jahrhundertwende), so können jetzt die Engländer manches von uns lernen. — Stadtverordneter Döpf-Frankfurt a. M. begrüßt namens des Frankfurter Konsumvereins den Genossenschaftstag er gibt einen Rückblick über die Entwicklung seines Vereins und wünscht der Tagung guten Erfolg.

Der Vorsitzende verliest darauf ein Telegramm des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine, worin es u. a. heißt: „Wenn alle untreu werden, wir bleiben uns doch treu jetzt und immerdar!“

Das erste Referat erstattet der Generalsekretär Heinrich Kaufmann-Hamburg über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine: Die Zahl der Konsumvereine geht von Jahr zu Jahr zurück. Darauf haben wir aber bewußt hingearbeitet, weil die Keimen Konsumvereine im Konkurrenzkampf mit den großen Organisationen des Handels nicht mitkommen und weil nur große Vereine zur Eigenproduktion übergehen können. Entscheidend für die Größe der Bewegung sind nur die Mitgliederzahlen und der Umsatz der Vereine und aus dem Vergleich gegen das vorige Jahr geht hervor, daß die Beteiligung des Einzelnen an genossenschaftlichen Leben größer geworden ist. Eine der wichtigsten Bestrebungen ist die nach Ausdehnung der Eigenproduktion. Wir wollen nicht nur Lebensmittel vermitteln, sondern sie, soweit es möglich ist, auch selbst herstellen. Die Frage der genossenschaftlichen Schlächtereien ist noch nicht gelöst. Es muß mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden. Wären wir bei Ausbruch des Krieges weiter gewesen, hätten wir eine um 10 Jahre ältere Genossenschaftsbewegung, so hätten wir mehr leisten können. Zum Beispiel fehlte es noch an Mäulchen in Konsumgenossenschaftlichem Eigentum. Bei dem Aufbau der Eigenproduktion und für ihre Rohstoffe sind wir auf Privatbau angewiesen, wenn auch das Experiment der Hamburger „Produktion“ (Übernahme eines Rittergutes) gezeigt hat, daß ein anderer Weg im Bereich des Möglichen liegt. Ein schweres Problem für die Konsumgenossenschaften ist ihre Finanzpolitik, geplant hierfür ist eine eigene Bank aus der Baulabteilung der Großverkaufsgesellschaft zu entwickeln. Hierzu war auch eine Studienkommission eingesetzt, deren Arbeiten heute noch nicht abgeschlossen sind. Eine große Gefahr kann aus der Höhe der Spareinlagen entstehen. Der Jahresbericht der Großverkaufsgesellschaft berichtet nur über fünf Kriegsmomente, um so anerkennungswürdiger ist es, daß sich der Jahresumsatz noch um drei Millionen gehoben hat. Nach dem Kriege wird die Eigenproduktion der Großverkaufsgesellschaft in entsprechender Weise fortzuführen. Die Versicherungsabteilung wird früher oder später selbständige Form annehmen. Zur Frage der Feuerversicherung ist beschloffen worden, den Vorschlag der Generalversammlung der Verlagsgesellschaft

abzuwarten und die Erörterung bis dahin zu verlagern. — Der Weltkrieg hat auf allen Gebieten eine gewisse Stodung herbeigeführt. Andere Aufgabe aber muß es sein, die Bewegung auf der alten Höhe zu erhalten, damit nicht aus der Stodung ein Rückschlag werde. Hindernisse, die in falscher Beurteilung durch die Behörden lagen, werden wohl beseitigt sein. Unser Wahlspruch bleibt nach wie vor: „In Treue hart und fest.“ (Lebhafter Beifall.)

Über die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen referierte Dr. August Müller-Hamburg. Er verweist auf die Rundschreiben des Vorstandes an die Vereine, in denen diese zur Vorsicht bei der Ergreifung von Hilfsmitteln über das Maß ihrer Kräfte hinaus ermahnt werden. Er spricht weiter über die kriegsstatistischen Aufnahmen des Zentralverbandes, durch die über die Leistungen der Vereine, die vor allem in ihrer Preis- und Vorratspolitik (Abgabe nur von kleinen Warenmengen an Mitglieder) bestanden hätten, nicht erfährt wurden und bespricht dann weiter die Maßnahmen zur Aufbarmachung der genossenschaftlichen Kräfte im Dienste der sogenannten Militarisierung des Wirtschaftslebens, die verschiedenen Eingaben und die Verhandlungen mit der Regierung über die Fragen der Getreide- und Kartoffelversorgung des deutschen Volkes und der Höchstpreise. Schließlich empfiehlt er dem Genossenschaftstag die Annahme einer Resolution, die im Generalkonferenzrat nur bei einer sehr kleinen Minderheit Widerspruch gefunden habe, die dann der Regierung als Eingabe übermittelt werden soll und die folgenbermaßen lautet: „Der Genossenschaftstag nimmt Kenntnis von den bei Kriegsausbruch getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und Ausschusses, die Konsumvereine entsprechend der Auffassung der Pflichten der Konsumgenossenschaften mit ihrer gesamten Kraft in den Dienst der Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes zu stellen. Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten der Konsumvereine sind bestimmend für ihre Tätigkeit im Dienste vaterländischer Pflichterfüllung. Es wird erwartet, daß die Konsumgenossenschaften und ihre Zentralinstitute der Förderung aller sozialen Kriegsmassnahmen und der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten alle verfügbaren Kräfte angedeihen lassen, wobei jedoch nicht außer Acht zu lassen ist, daß der größte Dienst für die Gesamtheit der Volksgenossen geleistet wird, wenn ihr Leistungsvermögen aufrechterhalten, ihre finanzielle Gesundheit und die hierdurch bedingte größte Wirkungsmöglichkeit auf dem eigentlichen Tätigkeitsgebiet der Konsumgenossenschaften bestehen bleibt. Alle zu treffenden Maßnahmen sind daher auch vom Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Konsumvereine aus zu prüfen. Im Hinblick auf den ungeheuerlichen Plan der Feinde Deutschlands, durch Ausschöpfung des nicht in militärischem Dienstverhältnis stehenden Volksteiles, der Frauen und Kinder in völkerrückwärtsiger Weise zu einem Ergebnis zu gelangen, das mit Waffengewalt zu erreichen die Gegner des deutschen und der verbündeten österreichisch-ungarischen und türkischen Völker bis jetzt vergeblich versucht haben, erklärt der Genossenschaftstag es für die Hauptaufgabe der Konsumgenossenschaften, mit allen Mitteln und Kräften die Bestrebungen zur Sicherung der Volksernährung im Kriege und zur Anpassung des gesamten Wirtschaftslebens an den Kriegszustand zu unterstützen. Im einzelnen wird folgendes betont: Die vom Reiche getroffenen Maßnahmen zur Vorratsicherung haben im großen und ganzen das gesetzte Ziel erreicht. Die organisatorischen Einrichtungen sind im ganzen zweckmäßig gestaltet, in Einzelheiten sind Verbesserungen möglich und wäre ein größerer Einfluß der Verbraucher auf die Verwaltung und die Entschloffenheit der die Vorräte sichernden und verteilenden Gesellschaften zu fordern. Die Bestrebungen einzelner Interessentengruppen, ausschlaggebenden Einfluß bei einzelnen wichtigen Organisationen zu erhalten, werden vom Genossenschaftstag nicht unterstützt; dieser gibt vielmehr im Hinblick auf diese Bestrebungen sein Urteil dahin ab, daß die sachverständige Mitwirkung keiner Interessentengruppe bei keiner der vom Reiche errichteten Gesellschaften entbehrt werden kann, die Verfassung dieser Gesellschaften aber so auszubauen ist, daß bei ihrer Entfaltung die Berücksichtigung des allgemeinen Interesses, das sich mit den Notwendigkeiten der militärischen Situation deckt, garantiert erscheint. Eine stärkere Beteiligung erfahrener Konsumgenossenschaftler bei der Einrichtung solcher Gesellschaften, die dem Zweck der Sicherung der Volksernährung im Kriege dienen, erscheint dem Genossenschaftstag geeignet zur Erreichung dieser Ziele. Er richtet daher an das Reichsamt des Innern das Ersuchen, bei Anpassung der vorhandenen Einrichtungen an die vorhandene Situation und bei etwa notwendig werdenden Neuanschaffungen von Organisationen mehr als bisher die Mitarbeit von Praktikern des Konsumgenossenschaftswesens zu ermöglichen. Mit dem größten Nachdruck glaubt außerdem der Genossenschaftstag betonen zu müssen, daß Hand in Hand mit der Vorratsicherung eine Preispolitik zu gehen hat, die Rücksicht auf die Kaufkraft der Bevölkerung nimmt. Die Einkommensverhältnisse breiter Volksschichten entsprechen nicht den jetzigen Preisen von Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Fleisch, Fleischwaren und anderen für den Haushalt der großen Massen unentbehrlichen Waren. Die ganze Situation, die mit der Vereinbringung der neuen Ernte entsteht, ist durch wachsende Preise neuer Höchstpreise auszunutzen. Die Höchstpreise haben ihren Ausgangspunkt beim Produzenten zu nehmen und sind auszudehnen auf alle Zwischenstadien, die das Produkt zu durchlaufen hat, ehe es in den unmittelbaren Konsum übergeht. Allgemeine, durch die Kriegsverhältnisse bedingte Aufwandskosten bei den Verwaltungen der Verteilungsgesellschaften sind, soweit es sich um Massenbedarfsgüter handelt, wie Getreide, Kartoffeln, Fleisch usw., von der Reichskasse als Kriegskosten zu übernehmen; Verwaltungskosten, die für die Versorgung von Meer und Flotte bestehen, sind gleichfalls auszufordern und vom Reiche zu tragen. Dem Genossenschaftstag erscheint es möglich, den Aufwendungen von Produzenten und Handel gerecht werdende Preise zu bestimmen, wenn als Ausgangspunkt für die Berechnung der Höchstpreise die Rohstoffpreise dienen, die im Herbst und Winter 1913 auf dem Markt herrschten. Beachtung dieser Grundsätze ermöglicht die Ernährung des deutschen Volkes im Kriege zu Preisen, die zwar einen übermäßigen Gewinn einzelner ausschließen, dafür aber die Spar- und Kaufkraft der breiten Volksschichten nicht übermäßig schwächen. Durch eine solche Preispolitik werden nicht nur die Fundamente unserer wirtschaftlichen Widerstandskraft gestärkt, sondern auch die Wiederbelebung der nationalen Volkswirtschaft nach Wiederherstellung des Friedens erleichtert.“ Die Resolution entwickelt am Schluß noch eine Reihe weiterer Einzelforderungen.

In der darauffolgenden Diskussion wendet sich Landtagsabgeordneter Fleißner-Dresden namens eines Teiles des Generalkonferenzen gegen die Motivierung in der Resolution. Das sei ein politisches Moment, trage politische Gegenstände in den Zentralverband hinein und verstoße somit gegen die so oft gepredigte Neutralität der Genossenschaftsbewegung. — Frau Steinbach-Hamburg schließt sich den Bedenken an und beantragt, im ersten Absatz der Resolution nur von Verteidigung der wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes zu sprechen, um nicht einen großen Teil der breiten Volksschichten vor den Kopf zu stoßen. Sie beantragt weiter, nur davon zu sprechen, daß das Gelingen des Auslieferungsgesetzes den Gegnern bisher verlagert geblieben sei. — Verbandssekretär Reichstagsabgeordneter Neuerlein-Stuttgart: Im Generalkonferenzrat billigte die übergroße Mehrheit von 135 gegen 10 Stimmen die Resolution, die ohne Motivierung ein Torso war. Die nationale Existenz und Selbstständigkeit ist die Voraussetzung unserer genossenschaftlichen Arbeit. Die Streichungen in der Resolution wären Vogel-Strauß-Politik und würden im Ausland einen falschen Eindruck erwecken. — Redakteur Kasia („Konsumgenossenschaftliches Volksblatt“) wendet sich sehr entschieden gegen die Abänderungsvorschläge, die nach kurzer weiterer Diskussion von der übergroßen Mehrheit abgelehnt werden, worauf die Resolution gegen 5 Stimmen angenommen wird.

Am morgigen Dienstag gehen die Verhandlungen zu Ende.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Gewerkschaften und Kriegsbeschädigtenausschüsse.

In einer großen Anzahl von Städten sind bereits Ausschüsse gebildet worden, die sich mit der Frage beschäftigen sollen, was mit den Kriegsbeschädigten geschehen soll. Nicht überall werden die Gewerkschaften zur Mitarbeit in den Ausschüssen herangezogen. Solange der Krieg dauert und die Eingehungen zum Wehrdienst in dem Umfang erfolgen, wie es jetzt geschieht, fehlt es an Kräften, um überall die Ausschüsse so zu besetzen, wie die Wichtigkeit der Sache es erfordert. Es muß als feste Norm gelten, daß die Kriegsbeschädigten Arbeiter bei der Frage ihrer späteren Indienststellung ins Wirtschaftsleben von sachverständigen Gewerkschaften beraten werden. Der Begriff der Sachverständigen bezieht sich hier nicht allein auf die speziellen Berufskenntnisse, sondern auch auf die Kenntnis der Arbeiterpsychik. Daß angesichts der großen Zahl der Kriegsbeschädigten ein starkes Interesse der Arbeiterklasse an ihrer Lebenshaltung, der Stellung der Kriegsbeschädigten zu ihren Klammerngenossen u. a. besteht, bedarf keiner besonderen Betonung. Heute wird allgemein versprochen, daß kein Kriegsbeschädigter — es handelt sich nicht nur um solche, denen Körper- teile verstümmelt wurden, sondern auch um solche, die sich Rheumatismus, Tuberkulose usw. geholt haben — Rot leiden soll. Das ist ganz brav gemeint, aber je weiter der Krieg zurückliegt und der Staat sich neuen Aufgaben zuwenden wird, desto mehr werden die Kriegsbeschädigten mit ihrem berechtigten Verlangen in den Hintergrund treten. Für die Gewerkschaften ergeben sich aus dieser Frage neue und wichtige Aufgaben. Es ist kein Augenblick zu früh, in dem sie dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und namentlich auch die Kriegsbeschädigtenausschüsse mit ihrem Geist durchdrängen müssen.

Das sächsische Kriegsministerium und die Löhne der Militärschneider.

Wie wir vor einigen Wochen berichteten, hat das Kriegsbeschäftigungsamt des 12. Armeekorps in Dresden die tägliche Arbeitszeit der Militärschneider von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt, ohne gleichzeitig einen Lohnausgleich durch eine gewisse Erhöhung der Stundenlöhne herbeizuführen, wodurch sich die Wochenlöhne je nach der Lohnklasse bei den männlichen Arbeitern um 4,20 bis 4,90 M. und bei den weiblichen Arbeitskräften rund um die Hälfte dieser Beträge verringerten. Um dieser in der gegenwärtigen Zeit der Teuerung doppelt fühlbaren Verschlechterung der Einkommensverhältnisse zu begegnen, wandte sich der Verband der Schneider in Dresden unter ausführlicher Darlegung des Sachverhalts an das sächsische Kriegsministerium mit dem Ersuchen, „baldmöglichst in eine wohlwollende Prüfung dieser Angelegenheit einzutreten und zu veranlassen, daß die angekündigte Lohnreduktion nicht durchgeführt wird, vielmehr die bisherigen Lohnsätze weitergezahlt werden und von den Entschuldigungen dem unterzeichneten Verband Bescheid zu geben“. Die Antwort des Kriegsministeriums ist nunmehr eingegangen. Sie lautet:

„Auf das Schreiben vom 10. Mai 1915, betreffend Lohnreduktion der Zivilschneider im Kriegsbeschäftigungsamt 12, wird dem Verband mitgeteilt, daß der Weg zur Anbringung von Gesuchen und Beschwerden in der „Arbeitsordnung für die Arbeiter und Arbeiterinnen“ des genannten Beschäftigungsamtes vorgeschrieben ist. Dieser Weg ist von den in Frage kommenden

Arbeitern nicht eingehalten worden. Für das Kriegsministerium lag/sonach an sich keine Veranlassung vor, auf die vom Verband vorgetragene Angelegenheit einzugehen. Es hat trotzdem Ermittlungen angestellt und hierbei die Ueberzeugung gewonnen, daß von einer Kollage nicht die Rede sein kann, wenn ein Arbeiter der 2. Lohnklasse, der die meisten Leute angehört, in der Lage ist, bei neunstündiger Arbeitszeit in 300 Arbeitstagen 1755 M. zu verdienen, und wenn andererseits die Möglichkeit einer Aufzählung in die 1. Lohnklasse mit einem Jahresverdienst von 1890 M. besteht. Der Verband wird ersucht, seine Mitglieder auf den für sie durch die eingangs erwähnte Arbeitsordnung vorgeschriebenen Weg für künftig zu verweisen.“

Eine solche Antwort haben die Arbeiter des Kriegsbeschäftigungsamtes nicht erwartet. Ein Arbeiterausschuß, der die Wünsche der Arbeiter hätte geltend machen können, besteht im Kriegsbeschäftigungsamt nicht. Wenn das Kriegsministerium darauf hinweist, daß bei einem Jahresverdienst von 1755 M. von einer Kollage nicht die Rede sein könne, so kommt es immer darauf an, welchen Maßstab man anlegen will, um eine Kollage zu erkennen. Es kommt hinzu, daß die angegebene Lohnsumme nicht erreicht wird, da ja an den Sonnabenden verkürzte Arbeitszeit besteht und somit 300 volle Arbeitstage im Jahre nicht zusammenkommen. Die Möglichkeit, in die 1. Lohnklasse aufzurücken, besteht ebenfalls nur theoretisch; in Wirklichkeit gehören dieser Lohnklasse in der Regel nur Vorarbeiter an. Jedenfalls ist durch die Antwort des Kriegsministeriums die Tatsache nicht beseitigt, daß die Arbeiter infolge der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ohne entsprechender Erhöhung der Stundenlöhne eine wöchentliche Mindereinnahme von 4,20 M. bis 4,90 M. haben.

Daher beschloß eine Versammlung der im Kriegsbeschäftigungsamt 12 beschäftigten Mitglieder des Schneiderverbandes, die Wünsche der Gehilfen erneut geltend zu machen, und zwar durch eine Abordnung aus der Mitte der Beschäftigten, und das Amt zu ersuchen, auch die Wahl eines Arbeiterausschusses zu veranlassen.

Zum Jahresbericht des Metallarbeiter-Verbandes.

Durch die nunmehr erfolgte Veröffentlichung der Ortsklassenabrechnung des Verbandes können wir auch den vor kurzem gedruckten Bericht über die Hauptklasse ergänzen. Nach den vorliegenden Zahlen gingen im Jahre 1914 die reinen Einnahmen der Ortsklassen, einschließlich des Anteils aus den ordentlichen Beiträgen der Hauptklasse von 6 508 834 M. auf 5 445 589 M., also um 1 063 245 M., zurück; die Ausgaben dagegen steigerten sich von 6 470 727 auf 6 945 818 M. Als Klassenbestand verblieben in den Ortsklassen am Schlusse des Jahres 1914: 5 056 576 M., das sind 881 880 M. weniger als im Jahre 1913.

Die gesamte aus der Hauptklasse und den Lokalkassen für persönliche Unterstüßungen verausgabte Summe beträgt nunmehr im Jahre 1914: 14 496 932 M. Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Mehrausgabe von 894 825 M. und gegenüber dem Jahre 1912 gar eine solche von 4 899 670 M. Lieber die Hälfte der ausgezahlten Summe (7 902 940 M.) entfällt allein auf Arbeitslosenunterstützung. Sie ist um 4 839 487 M. höher als im Jahre vorher. An Krankenunterstützung wurden 8 858 856 M. ausgegeben und die geführten Lohnkämpfe verursachten eine Ausgabe von 1 581 886 M. Diese ist um 3 247 248 M. geringer als im Jahre 1913. Das Gesamtvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1914 in der Hauptklasse und den Lokalkassen zusammen 16 801 280 M. Es ist um 1 949 511 M. niedriger als im Vorjahre, aber immer noch um 97 210 M. höher als im Jahre 1912. Alles in allem genommen kann man wohl behaupten, daß der Metallarbeiterverband trotz der großen Anforderungen, die der Krieg stellt, noch unerfüllt dasteht

und somit auch weiterhin die Wünsche und Forderungen seiner Mitglieder dem Unternehmertum gegenüber wirksam vertreten kann.

Auf der Ende dieses Monats in Berlin stattfindenden Generalversammlung wird es sich entscheiden, ob die bei Kriegsausbruch aufgehobenen Unterstüßungen wieder eingeführt werden sollen. Auf jeden Fall bedarf die Diskussion hierüber reiflicher Ueberlegung, denn heute weiß man noch nicht, was für Verpflichtungen der Organisation nach dem Kriege erwachsen. Die Arbeitslosigkeit wird speziell in der Metallindustrie noch umfangreicher und andauernder sein als bei Ausbruch des Krieges, da die Beschaffung von Rohmaterialien und die Gewinnung von neuen Absatzgebieten in der ersten Zeit auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Auch werden sehr viele Verbandsmitglieder krank oder entkräftet aus dem Felde zurückkehren und sich dann hilfelegend an ihre Organisation wenden. Aber auch die Zahl der Lohnbewegungen als Folge der Lebensmittelteuerung, wird keine geringe sein und diese werden an Heftigkeit und Dauer den früheren Kämpfen nicht nachstehen. Zur wirksamen Durchführung dieser gewaltigen Anforderungen ist aber eine gut fundierte Gewerkschaftsliste Vorbedingung. Deshalb ist Vorsicht mit Recht am Platze.

Aus aller Welt.

Die schweizerische Feldpost.

Mit Ausbruch des gegenwärtigen Krieges war auch die schweizerische Armee mobil gemacht worden. Dies hatte für den schweizerischen Postbetrieb vielseitige und tiefgreifende Wirkungen im Gefolge. Ueber 5000 Mann, d. h. beinahe ein Drittel des gesamten Postpersonals, wurden zu den Fahnen gerufen; auch ein großer Teil der Postpferde mußte der schweizerischen Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Der in den ersten Tagen des August eingeführte Kriegs-Eisenbahnfahrplan bot für die Beförderung der Postsendungen fortan nur noch beschränkte Möglichkeiten. Der starke Abgang an Personal bedingte zunächst mannigfache Einschränkungen im Postbetrieb durch Verkürzung der Schalterstunden, vorübergehende Schließung von Postanstalten und Beschränkung des Bestell- und Botendienstes. Zahlreiche Postwagenlücke mußten teils ganz aufgehoben, teils in den Fahrten stark vermindert werden. Die Zahl der Bahnposten ging mit dem Inkrafttreten des Kriegs-Eisenbahnfahrplans beinahe um die Hälfte zurück, so daß auf den gewöhnlichen Strecken nur noch 2 bis 3, auf wichtigeren nur noch 4 Bahnposten täglich in jeder Richtung verkehrten. Erst gegen Ende des Jahres 1914 ließ sich wieder eine allmähliche Vermehrung der schweizerischen Bahnposten ermöglichen.

Mit Eintritt der Mobilmachung trat auch die schweizerische Feldpost in Tätigkeit. In der ersten Zeit gab es beim Publikum mancherlei Klagen über langsame Feldpostbeförderung und Verspätungen. Die Ursache bildeten die langsame Fahrordnung des Kriegs-Eisenbahnfahrplans, die Abhängigkeit der Feldpost vom militärischen Etappen dienst und nicht zuletzt die überaus mangelhafte Adressierung zahlreicher Feldpostsendungen durch das Publikum. Der schweizerischen Postverwaltung gelang es dann, die bestehenden Betriebschwierigkeiten zu beseitigen, so daß sich in der Folge ihr Feldpostbetrieb tabellarisch abwickelte. Diese Angaben, die wir dem neuesten Verwaltungsberichte der schweizerischen Postverwaltung entnehmen, sind insofern noch von Interesse, als sie in vieler Hinsicht an Vorgänge erinnern, die sich nach Ausbruch des Krieges auch im deutschen Post- und Feldpostbetriebe abgespielt haben. Es ist das ein einwandfreier Beweis mehr dafür, welche schwerwiegenden Verkehrsstörungen allein die Mobilmachung auf den bestorganisierten Postbetrieb unweigerlich ausübt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochnachmittag. Vielach heiter, aber sehr veränderlich. Mehr in den Mittagsstunden kühl. Im Osten an einzelnen Orten noch etwas Regen, sonst trocken.

Landeshuter
Leinen- und
Gebildweberlei

F. V. Grünfeld

Größtes Spezialhaus
der Welt
für Leinen u. Wäsche

Berlin W, Leipziger Straße 20-22

Von heute ab:

Von heute ab:

Inventur-Ausverkauf

Einige Angebote:

Weiße Bettbezüge

fertig genäht, mit Knopfschluß
Der Satz = 1 Oberbett, 2 Kissen

Wäschestoff, mit Leinwandglanz der Satz 8.40

Wäschestoff, glatt, feinläufig der Satz 9.50

Wäschestoff, gestreift oder gemustert . . . der Satz 10.40

Wäschestoff, feinläufig, mit Spitzeneinsatz . der Satz 13.—

Weiße Bettlaken

fertig gesäumt

Wäschestoff, 150x230 3.50 165x240 3.75

Halbleinen, 160x225 cm . 4.25

Kettgarnleinen, 170x250 7.90

Hausleinen, 174x250 cm . 9.90

Damen-Taghemden

glatte Form, mit Hohlknähten und Stickereien, sonst M. 3.30, jetzt 2.60

Erbstüll-Vorhänge

mit Band besetzt, reiche Ausführung früher M. 5.25 bis 20.—, jetzt 4.— bis 13.—

Erbstüll-Band-Bettdecken

reiche Ausführung über 1 Bett, früher M. 6.— bis 15.50, jetzt 4.— bis 11.—

über 2 Betten, früher M. 8.— bis 25.—, jetzt 5.50 bis 16.—

In allen Abteilungen in reicher Auswahl große Posten verbürgt guter Waren von

Wäsche jeder Art:

Einzelne Tischtücher und Mundtücher, Kaffeegedecke, Gartendecken, Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Bettdecken, Schlafdecken, Bedruckte Perkals, Krepp-Zephyr, Bedruckte Krepps, Halbfertige Blusen, Halbfertige Schweizer Stickereikleider, Weiße und farbige fertige Sommerkleider (Stickereikleider), Reich verzierte Batist- und Sportblusen, Weiße Leinen- und Kräuselstoff-Röcke, Schweizer Stickereistoffe, Badewäsche, Bettwäsche, Handtücher, Wischtücher; Damenwäsche: Taghemden, Beinkleider, Nachthemden, Morgenröcke, Morgenjacken, Promenadenröcke, Prinzeßröcke, Hemdhosen, Unterleibchen, Kämmmäntel, Kinderwäsche, Schürzen, Taschentücher, Gezeichnete und angefangene Handarbeiten; Herrenwäsche: Farbige Oberhemden, Nachthemden, Schlafanzüge, Farbige Unterzeuge

teilweise bis zur Hälfte des früheren Wertes im ermäßigten Preise

Einige Angebote:

Stickerei- u. Spitzen-Unterröcke

sonst M. 4.20 bis 36.—, jetzt 2.30 bis 21.—

Wash-Kinderkleidchen

für 1 bis 10 Jahre — einfache bis reichste Ausführung

zur Hälfte des bisherigen Preises.

Weiße

Wash-Kindermäntel

für 1 bis 4 Jahre — in vielen Ausführungen

zur Hälfte des bisherigen Preises.

Halbfertige Blusen

weiß Batist, mit vorzüglicher Stickerei

sonst 4.50 6.50 12.—

jetzt 2.25 4.25 6.—

Halbfertige Kleider

in Schleierstoff, Leinen, Bastseide, mit reicher Stickereiausführung

teilweise bis zur Hälfte des sonstigen Wertes.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treuergebender Vater, der Ruher
Gustav Witte
am 12. Juni, vorm. 10^{1/2} Uhr, nach langem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt mit der Bitte um Hilfe Teilnahme an
Sm. **Berta Witte**, geb. Behig, nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachm. um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sion-Kirchhofes in Nordend aus statt. 18826

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am Sonnabend, den 12. Juni, verstarb unser Genosse, der Ruher
Gustav Witte
Fehrbelliner Str. 24
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sion-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Norden II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Ruher
Gustav Witte
am 12. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sion-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
August Schumacher
Hirschstr. 2
im Alter von 67 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Sion-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Max Hermann
im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sion-Kirchhofes in Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege
Rudolf Schultheiß
im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Karl Zorn
am 8. d. Mts. im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Ruher
Heinrich Paul
am 11. Juni, nachmittags 2^{1/2} Uhr, an Herz- und Nierenleiden verstorben ist.
Da der Sohn im Jelde, zeigt tiefbetrübt an
Albert Sydow, Badstr. 49.
Die Beerdigung findet am 15. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Friedensgemeinde, Nordend, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Joseph Wojciezynski
Luzenburger Str. 2
am 12. Juni an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sion-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Buch- und Stein-druckerei - Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Sonnabend, den 12. Juni, verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Mitglied
Ida Stieglitz
im Alter von 23 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, auf dem Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Beim Baden erkrankt der in Wittenberg a. d. E. als Sanitätsarzt eingetragene Genosse
Fritz Voppmann
Emser Str. 73/74. - 14. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Ehren-Friedhof der Neuköllner Gemeinde am Mariendorfer Weg statt.
Am 13. Juni verstarb unser Parteigenosse
Fritz Kockegei
Hirschstr. 3. - 7. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Sion-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Durch Unglücksfall ist mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, der Militärkrankensoldat
Friedrich Voppmann
am 10. Juni in der Erde ertrunken.
Dies zeigt tiefbetrübt an die trauernde Gattin
Anna Voppmann
nebst Kindern.
Den 15. Juni.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sion-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Ruhe sanft, gutes Herz, Du hast den Frieden, wir den Schmerz.

Wen ich früh und fern von seinen Lieben viel am 1. Juni 1915 unser lieber Sohn, Bruder, Onkel, Neffe und Bräutigam, der Arbeiter
Franz Leutner
Ref.-Bnj.-Reg. 270. 4. Komp.
im 22. Lebensjahre.
An tiefstem Schmerz
Mag Leutner nebst Frau und Kindern,
Weidenberger Str. 100,
Lina Deterling als Braut.
An der Wiege der Nade,
An der Wiege der Arbeit,
Hat des Feindes Auge
Sich hingerafft.
Wir konnten Dich nicht werden sehen,
Und nicht an Deinem Grabe
Rehn.

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein
Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Max Lichtenberg
Normannenstr. 37,
am 10. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Am Sonntag, den 13. Juni, verschied nach schwerem Leiden mein lieber Mann, Bruder, Onkel, Schwager, der Gastwirt
Fritz Kockegei.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Anna Kockegei.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Halle des neuen Sion-Kirchhofes aus statt. 712

Am Sonntag verstarb nach langen Leiden meine liebe Frau
Luise Hansche
im 61. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Gustav Hansche
und Kinder, Weidenberger Str. 43.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Sion-Kirchhofes in Nordend aus.

Für die vielen Beweile herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes sage ich hierdurch allen Bekannten, besonders den Kollegen der V. B. K. G., Jennstr. 31, meinen besten Dank. 18835
Frida Ebert
nebst Kindern.
Aufsagung.
Für die vielen Beweile herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes und Bruders
Kurt Rodeit
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Neuköllner Männerchor, unseren herzlichsten Dank. 712
Otto Rodeit und Frau,
Karl u. Käthe als Beisitzer.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.
Aenderungen sofort.

Blumen- und Franzbinderrei
von **Robert Meyer**,
Inh.: **P. Golletz**
Marianenstr. 3. Tel. Mpl. 348

Haben Sie
Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passend gearbeitete
Stützeinlagen sowie
Bruchbandagen aller Art.
Leibbinden, Stützsocken usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N., Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.
Spezialarzt
f. Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weinfrauke jeder Art, **Christl Pata** - Kuren in u. Co. Lang Laborat. **Hut-**untersuchung, haben i. Garmisch, gegenüber **Friedrichstr. 81,** Genopitium Str. 10-2, 5-9, Sonntag, 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Heute Dienstag, den 15. Juni 1915, abends 8^{1/2} Uhr, in **Habels Festsälen**, Vergmannstraße:
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abg. **Richard Fischer.** 2. Diskussion.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Heute Dienstag, den 15. Juni 1915, abends 8^{1/2} Uhr, in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstraße 21:
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **Otto Büchner** über:
„Die Tätigkeit des Reichstags.“
2. Diskussion.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Heute Dienstag, den 15. Juni, abends 8^{1/2} Uhr:
Vier Mitgliederversammlungen

in folgenden Lokalen:
Mila-Säle, Schönhauser Allee 130. **Pharus-Säle**, Müllerstraße 142.
Frankes Festsäle, Badstraße 19. **Pakenhofer Brauerei**, Turmstr. 25/26.
Tagesordnung:

Was fordert die deutsche Sozialdemokratie in der Gegenwart?
Diskussion.
Referenten: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour**, Landtagsabgeordneter **Heinrich Ströbel**,
Dr. Rudolf Breitscheid, **Dr. Hermann Dunder.**
Der Vorstand.

Verkäufe.

Manotanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Mäntel, Jopis, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind lehrweise billig zu haben. Altbekannte Firma. **Mag. Weiß**, Große Rosenfelderstraße 88.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Laken, Bettdecken, sehr billig. **Bismarckstr. 5** Prozent Rabatt. **Teppichhaus Brünn**, Hagedorfer Markt 4 (Sahnhof Ecke). 24/4

Hermannplatz 6. „Pantaleon“, Extrabilliger Bettwarenverkauf, Bettdecken, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Wolldecken, Goldschmuck. Spottbillige Paletotsanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen. 50/13

Teppich-Thomas, Driemenstr. 44 spottbillig farblichste Teppiche, Gardinen, Vorhängeläden 5 Prozent Extraabatt. 210

Ein Poien Teppiche mit kleinem Fehler, kommt enorm billig zum Verkauf. **Teppich-Refektor**, nur Driemenstr. 158. 238

Möbel.
Nur im Kriege diese Preise, wie wiederkehrend. Kleiderständer, Bekleidungs- u. Verglasung 42,-, Bettstelle englisch 28,-, Nussbaum-Diplomat 56,-, komplette Küche 66,-, Anlehnbank mit Spiegel 68,-, Ausziehtisch mit Verbindung 26,-, Kommode 20,- und viele Einzelmöbel für jeden annehmbaren Preis. **Christl, Alte Schönhauserstraße 32.**

Umbauküchen 50,-, 65,-, 80,-, 90,-, 100,-, 110,-, 120,-, 130,-, 140,-, 150,-, 160,-, 170,-, 180,-, 190,-, 200,-, 210,-, 220,-, 230,-, 240,-, 250,-, 260,-, 270,-, 280,-, 290,-, 300,-, 310,-, 320,-, 330,-, 340,-, 350,-, 360,-, 370,-, 380,-, 390,-, 400,-, 410,-, 420,-, 430,-, 440,-, 450,-, 460,-, 470,-, 480,-, 490,-, 500,-, 510,-, 520,-, 530,-, 540,-, 550,-, 560,-, 570,-, 580,-, 590,-, 600,-, 610,-, 620,-, 630,-, 640,-, 650,-, 660,-, 670,-, 680,-, 690,-, 700,-, 710,-, 720,-, 730,-, 740,-, 750,-, 760,-, 770,-, 780,-, 790,-, 800,-, 810,-, 820,-, 830,-, 840,-, 850,-, 860,-, 870,-, 880,-, 890,-, 900,-, 910,-, 920,-, 930,-, 940,-, 950,-, 960,-, 970,-, 980,-, 990,-, 1000,-, 1010,-, 1020,-, 1030,-, 1040,-, 1050,-, 1060,-, 1070,-, 1080,-, 1090,-, 1100,-, 1110,-, 1120,-, 1130,-, 1140,-, 1150,-, 1160,-, 1170,-, 1180,-, 1190,-, 1200,-, 1210,-, 1220,-, 1230,-, 1240,-, 1250,-, 1260,-, 1270,-, 1280,-, 1290,-, 1300,-, 1310,-, 1320,-, 1330,-, 1340,-, 1350,-, 1360,-, 1370,-, 1380,-, 1390,-, 1400,-, 1410,-, 1420,-, 1430,-, 1440,-, 1450,-, 1460,-, 1470,-, 1480,-, 1490,-, 1500,-, 1510,-, 1520,-, 1530,-, 1540,-, 1550,-, 1560,-, 1570,-, 1580,-, 1590,-, 1600,-, 1610,-, 1620,-, 1630,-, 1640,-, 1650,-, 1660,-, 1670,-, 1680,-, 1690,-, 1700,-, 1710,-, 1720,-, 1730,-, 1740,-, 1750,-, 1760,-, 1770,-, 1780,-, 1790,-, 1800,-, 1810,-, 1820,-, 1830,-, 1840,-, 1850,-, 1860,-, 1870,-, 1880,-, 1890,-, 1900,-, 1910,-, 1920,-, 1930,-, 1940,-, 1950,-, 1960,-, 1970,-, 1980,-, 1990,-, 2000,-, 2010,-, 2020,-, 2030,-, 2040,-, 2050,-, 2060,-, 2070,-, 2080,-, 2090,-, 2100,-, 2110,-, 2120,-, 2130,-, 2140,-, 2150,-, 2160,-, 2170,-, 2180,-, 2190,-, 2200,-, 2210,-, 2220,-, 2230,-, 2240,-, 2250,-, 2260,-, 2270,-, 2280,-, 2290,-, 2300,-, 2310,-, 2320,-, 2330,-, 2340,-, 2350,-, 2360,-, 2370,-, 2380,-, 2390,-, 2400,-, 2410,-, 2420,-, 2430,-, 2440,-, 2450,-, 2460,-, 2470,-, 2480,-, 2490,-, 2500,-, 2510,-, 2520,-, 2530,-, 2540,-, 2550,-, 2560,-, 2570,-, 2580,-, 2590,-, 2600,-, 2610,-, 2620,-, 2630,-, 2640,-, 2650,-, 2660,-, 2670,-, 2680,-, 2690,-, 2700,-, 2710,-, 2720,-, 2730,-, 2740,-, 2750,-, 2760,-, 2770,-, 2780,-, 2790,-, 2800,-, 2810,-, 2820,-, 2830,-, 2840,-, 2850,-, 2860,-, 2870,-, 2880,-, 2890,-, 2900,-, 2910,-, 2920,-, 2930,-, 2940,-, 2950,-, 2960,-, 2970,-, 2980,-, 2990,-, 3000,-, 3010,-, 3020,-, 3030,-, 3040,-, 3050,-, 3060,-, 3070,-, 3080,-, 3090,-, 3100,-, 3110,-, 3120,-, 3130,-, 3140,-, 3150,-, 3160,-, 3170,-, 3180,-, 3190,-, 3200,-, 3210,-, 3220,-, 3230,-, 3240,-, 3250,-, 3260,-, 3270,-, 3280,-, 3290,-, 3300,-, 3310,-, 3320,-, 3330,-, 3340,-, 3350,-, 3360,-, 3370,-, 3380,-, 3390,-, 3400,-, 3410,-, 3420,-, 3430,-, 3440,-, 3450,-, 3460,-, 3470,-, 3480,-, 3490,-, 3500,-, 3510,-, 3520,-, 3530,-, 3540,-, 3550,-, 3560,-, 3570,-, 3580,-, 3590,-, 3600,-, 3610,-, 3620,-, 3630,-, 3640,-, 3650,-, 3660,-, 3670,-, 3680,-, 3690,-, 3700,-, 3710,-, 3720,-, 3730,-, 3740,-, 3750,-, 3760,-, 3770,-, 3780,-, 3790,-, 3800,-, 3810,-, 3820,-, 3830,-, 3840,-, 3850,-, 3860,-, 3870,-, 3880,-, 3890,-, 3900,-, 3910,-, 3920,-, 3930,-, 3940,-, 3950,-, 3960,-, 3970,-, 3980,-, 3990,-, 4000,-, 4010,-, 4020,-, 4030,-, 4040,-, 4050,-, 4060,-, 4070,-, 4080,-, 4090,-, 4100,-, 4110,-, 4120,-, 4130,-, 4140,-, 4150,-, 4160,-, 4170,-, 4180,-, 4190,-, 4200,-, 4210,-, 4220,-, 4230,-, 4240,-, 4250,-, 4260,-, 4270,-, 4280,-, 4290,-, 4300,-, 4310,-, 4320,-, 4330,-, 4340,-, 4350,-, 4360,-, 4370,-, 4380,-, 4390,-, 4400,-, 4410,-, 4420,-, 4430,-, 4440,-, 4450,-, 4460,-, 4470,-, 4480,-, 4490,-, 4500,-, 4510,-, 4520,-, 4530,-, 4540,-, 4550,-, 4560,-, 4570,-, 4580,-, 4590,-, 4600,-, 4610,-, 4620,-, 4630,-, 4640,-, 4650,-, 4660,-, 4670,-, 4680,-, 4690,-, 4700,-, 4710,-, 4720,-, 4730,-, 4740,-, 4750,-, 4760,-, 4770,-, 4780,-, 4790,-, 4800,-, 4810,-, 4820,-, 4830,-, 4840,-, 4850,-, 4860,-, 4870,-, 4880,-, 4890,-, 4900,-, 4910,-, 4920,-, 4930,-, 4940,-, 4950,-, 4960,-, 4970,-, 4980,-, 4990,-, 5000,-, 5010,-, 5020,-, 5030,-, 5040,-, 5050,-, 5060,-, 5070,-, 5080,-, 5090,-, 5100,-, 5110,-, 5120,-, 5130,-, 5140,-, 5150,-, 5160,-, 5170,-, 5180,-, 5190,-, 5200,-, 5210,-, 5220,-, 5230,-, 5240,-, 5250,-, 5260,-, 5270,-, 5280,-, 5290,-, 5300,-, 5310,-, 5320,-, 5330,-, 5340,-, 5350,-, 5360,-, 5370,-, 5380,-, 5390,-, 5400,-, 5410,-, 5420,-, 5430,-, 5440,-, 5450,-, 5460,-, 5470,-, 5480,-, 5490,-, 5500,-, 5510,-, 5520,-, 5530,-, 5540,-, 5550,-, 5560,-, 5570,-, 5580,-, 5590,-, 5600,-, 5610,-, 5620,-, 5630,-, 5640,-, 5650,-, 5660,-, 5670,-, 5680,-, 5690,-, 5700,-, 5710,-, 5720,-, 5730,-, 5740,-, 5750,-, 5760,-, 5770,-, 5780,-, 5790,-, 5800,-, 5810,-, 5820,-, 5830,-, 5840,-, 5850,-, 5860,-, 5870,-, 5880,-, 5890,-, 5900,-, 5910,-, 5920,-, 5930,-, 5940,-, 5950,-, 5960,-, 5970,-, 5980,-, 5990,-, 6000,-, 6010,-, 6020,-, 6030,-, 6040,-, 6050,-, 6060,-, 6070,-, 6080,-, 6090,-, 6100,-, 6110,-, 6120,-, 6130,-, 6140,-, 6150,-, 6160,-, 6170,-, 6180,-, 6190,-, 6200,-, 6210,-, 6220,-, 6230,-, 6240,-, 6250,-, 6260,-, 6270,-, 6280,-, 6290,-, 6300,-, 6310,-, 6320,-, 6330,-, 6340,-, 6350,-, 6360,-, 6370,-, 6380,-, 6390,-, 6400,-, 6410,-, 6420,-, 6430,-, 6440,-, 6450,-, 6460,-, 6470,-, 6480,-, 6490,-, 6500,-, 6510,-, 6520,-, 6530,-, 6540,-, 6550,-, 6560,-, 6570,-, 6580,-, 6590,-, 6600,-, 6610,-, 6620,-, 6630,-, 6640,-, 6650,-, 6660,-, 6670,-, 6680,-, 6690,-, 6700,-, 6710,-, 6720,-, 6730,-, 6740,-, 6750,-, 6760,-, 6770,-, 6780,-, 6790,-, 6800,-, 6810,-, 6820,-, 6830,-, 6840,-, 6850,-, 6860,-, 6870,-, 6880,-, 6890,-, 6900,-, 6910,-, 6920,-, 6930,-, 6940,-, 6950,-, 6960,-, 6970,-, 6980,-, 6990,-, 7000,-, 7010,-, 7020,-, 7030,-, 7040,-, 7050,-, 7060,-, 7070,-, 7080,-, 7090,-, 7100,-, 7110,-, 7120,-, 7130,-, 7140,-, 7150,-, 7160,-, 7170,-, 7180,-, 7190,-, 7200,-, 7210,-, 7220,-, 7230,-, 7240,-, 7250,-, 7260,-, 7270,-, 7280,-, 7290,-, 7300,-, 7310,-, 7320,-, 7330,-, 7340,-, 7350,-, 7360,-, 7370,-, 7380,-, 7390,-, 7400,-, 7410,-, 7420,-, 7430,-, 7440,-, 7450,-, 7460,-, 7470,-, 7480,-, 7490,-, 7500,-, 7510,-, 7520,-, 7530,-, 7540,-, 7550,-, 7560,-, 7570,-, 7580,-, 7590,-, 7600,-, 7610,-, 7620,-, 7630,-, 7640,-, 7650,-, 7660,-, 7670,-, 7680,-, 7690,-, 7700,-, 7710,-, 7720,-, 7730,-, 7740,-, 7750,-, 7760,-, 7770,-, 7780,-, 7790,-, 7800,-, 7810,-, 7820,-, 7830,-, 7840,-, 7850,-, 7860,-, 7870,-, 7880,-, 7890,-, 7900,-, 7910,-, 7920,-, 7930,-, 7940,-, 7950,-, 7960,-, 7970,-, 7980,-, 7990,-, 8000,-, 8010,-, 8020,-, 8030,-, 8040,-, 8050,-, 8060,-, 8070,-, 8080,-, 8090,-, 8100,-, 8110,-, 8120,-, 8130,-, 8140,-, 8150,-, 8160,-, 8170,-, 8180,-, 8190,-, 8200,-, 8210,-, 8220,-, 8230,-, 8240,-, 8250,-, 8260,-, 8270,-, 8280,-, 8290,-, 8300,-, 8310,-, 8320,-, 8330,-, 8340,-, 8350,-, 8360,-, 8370,-, 8380,-, 8390,-, 8400,-, 8410,-, 8420,-, 8430,-, 8440,-, 8450,-, 8460,-, 8470,-, 8480,-, 8490,-, 8500,-, 8510,-, 8520,-, 8530,-, 8540,-, 8550,-, 8560,-, 8570,-, 8580,-, 8590,-, 8600,-, 8610,-, 8620,-, 8630,-, 8640,-, 8650,-, 8660,-, 8670,-, 8680,-, 8690,-, 8700,-, 8710,-, 8720,-, 8730,-, 8740,-, 8750,-, 8760,-, 8770,-, 8780,-, 8790,-, 8800,-, 8810,-, 8820,-, 8830,-, 8840,-, 8850,-, 8860,-, 8870,-, 8880,-, 8890,-, 8900,-, 8910,-, 8920,-, 8930,-, 8940,-, 8950,-, 8960,-, 8970,-, 8980,-, 8990,-, 9000,-, 9010,-, 9020,-, 9030,-, 9040,-, 9050,-, 9060,-, 9070,-, 9080,-, 9090,-, 9100,-, 9110,-, 9120,-, 9130,-, 9140,-, 9150,-, 9160,-, 9170,-, 9180,-, 9190,-, 9200,-, 9210,-, 9220,-, 9230,-, 9240,-, 9250,-, 9260,-, 9270,-, 9280,-, 9290,-, 9300,-, 9310,-, 9320,-, 9330,-, 9340,-, 9350,-, 9360,-, 9370,-, 9380,-, 9390,-, 9400,-, 9410,-, 9420,-, 9430,-, 9440,-, 9450,-, 9460,-, 9470,-, 9480,-, 9490,-, 9500,-, 9510,-, 9520,-, 9530,-, 9540,-, 9550,-, 9560,-, 9570,-, 9580,-, 9590,-, 9600,-, 9610,-, 9620,-, 9630,-, 9640,-, 9650,-, 9660,-, 9670,-, 9680,-, 9690,-, 9700,-, 9710,-, 9720,-, 9730,-, 9740,-, 9750,-, 9760,-, 9770,-, 9780,-, 9790,-, 9800,-, 9810,-, 9820,-, 9830,-, 9840,-, 9850,-, 9860,-, 9870,-, 9880,-, 9890,-, 9900,-, 9910,-, 9920,-, 9930,-, 9940,-, 9950,-, 9960,-, 9970,-, 9980,-, 9990,-, 10000,-

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheiten, um Möbel anzuschaffen. Mit keiner Auszahlung schon Studie und Küche. An jedem Stück deutscher Preis. Jederverteilung ausgeschlossen. Bei Antritt der Arbeit, Arbeitslosigkeit anerkannt. **Möbelgeschäft Goldblau**, Joffenstraße 28. (Ecke Sion-Kirchhof). 2001A

Zeitabgabe bei günstigen Bedingungen. **Möbelhaus Gabbert**, Kiefernstraße 54.

Unwiderruflich! bis zum 1. Juli spottbilliger Verkauf gediegener bürgerlicher Wohn- u. Schlafzimmereinrichtungen, Ergänzungsmöbel und Polsterwaren. Transport und Lagerung kostenlos! **Berliner Möbelhaus**, nur Südost, Sion-Kirchhofstr. 25. 82A

Kriegsdienst! Bildschöne Stuben- und Schlafzimmereinrichtungen, alles neu, zusammen 228,-, Kollenthaferstraße 57, vorm III rechts (gegenüber) **Händler** verbleiben. 50/13

Zentralmöbelgeschäft, Brinckenstraße 71, verkauft Kleiderständer 20,-, Bettstellen 25,-, Kommoden 14,-, Schloßes 30,-, Bettstellen, Rattentrenner 20,-, Rattentrenner 18,-, Chaiselongues 18,-, Schreibtische, Schlafzimmern. 31A

Gelegenheitskäufe! Säulenbänke 110,-, Kleiderständer 24,-, Bettstellen, Rattentrenner, Ausziehtische 8,-, entzückende Küchen enorm billig. **Möbelhaus Osten**, Andreasstraße 20.

Kaufgesuche.
Rubier! Messing! Aluminium! **Ridel!** Jinn, Jinn, Jinn, Duedel, Stanniolpapier, Platinablässe, Jahngediffe, Goldschmuck, Silberabfälle, Hochdrucke! **Metallschmelze Cohn**, Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 27/6

Lustmord an einem achtjährigen Mädchen.

Ein Lustmord wurde gestern mittag vor dem Silesischen Tor entdeckt. Ein Angler, der mit seinem Kahn in der Nähe der Volkshadestadt auf der Spree lag, dort, wo die Cuvrystraße auf den Fluß mündet, sah zwischen 11—12 Uhr, wie ein Paket an die Pfähle der Badeanstalt angeschwemmt wurde. Er bemerkte, daß aus dem Umhüllung ein menschliches Antlitz herandragte. Jetzt nahm er das Paket an seinen Angellahn und brachte es nach dem Grundstück Schleusenuser 6, dem Steinplatz der Vereinigten Berliner Mörkelwerke. Dann ging der Mann nach der Wache des 79. Reviers und mehrere Polizeibeamte holten nun den Karton aus dem Wasser heraus und lösten die doppelte Verschnürung. In ihrem Entsetzen fanden sie darin die Leiche eines Mädchens, die mit gespreizten Weinen und gekreuzten Unterarmen gewaltsam hineingezwängt war. Auf die Nachricht von der Revierwache erschien alsbald der Chef der Kriminalpolizei Oberregierungsrat Goppe mit den Kriminalkommissaren Ruhn und Krendel und mehreren Beamten der Nordkommission, um den Befund aufzunehmen. Schon die erste Besichtigung der Leiche ergab fast mit Gewißheit, daß das Kind vergewaltigt und ermordet worden ist. Am Halse zeigten sich Würgemale und Druckfede. Nach den ersten Feststellungen wurde die Leiche mit dem Karton nach dem Schauhaus gebracht, um dort noch genauer untersucht und von Beamten des Erkennungsdienstes photographiert zu werden. Die Kriminalpolizei leitete sogleich die Ermittlungen zur Feststellung der Persönlichkeit des Mädchens und der Entdeckung des Mörders ein.

Das ermordete Mädchen wurde ermittelt als die acht Jahre alte Tochter Elise des Werkzeugmachers Ley aus der Stralauer Allee Nr. 20. Die Eheleute Ley haben in der Kolonie Friedenthal am Dammweg zu Neufölln eine Laube, in der sie sich während der warmen Jahreszeit viel aufhalten pflegen. Auch die kleine Elise war immer mit den Eltern drauhen, sobald die Schule zu Ende war. Am Sonnabendnachmittag mußte sie von 2—3 1/2 Uhr in der 100. Gemeindefschule in der Förster Straße 11—15 sein. Sie bekam von den Eltern Fahrgehalt und fuhr von der Ringbahnhaltestelle Kaiser-Friedrich-Straße nach der Haltestelle an der Stralauer Straße. In der Schule war die Kleine noch. Seitdem aber war sie verschwunden. Nach der Weisung der Eltern sollte sie nach der Wohnung in der Stralauer Allee gehen. Dort sollte sie für ihren vierzehnjährigen Bruder, der nach Feierabend auch nach Hause kam, einiges besorgen, weil er am Sonntag einen Ausflug machen wollte. Von dem Bruder sollte sie Geld zur Rückfahrt nach der Landenkolonie erhalten. Als der Knabe von dem Ausflug, den er mit mehreren Freunden unternahm, zurückkehrte, und nach Elise fragte, erfuhren die Eltern erst, daß sie am Sonnabendnachmittag nicht in der Wohnung gewesen war. Sie glaubten zunächst, ihre Beforgungen hätten länger gedauert als man angenommen hatte und sie wäre nun mit dem Bruder in der Wohnung geblieben. Dieser nahm wieder an, daß seine Schwester bei den Eltern in der Laube sei. — So kam es, daß man die Kleine erst nachträglich vermißte. Die Eltern nahmen jetzt sofort die Nachforschungen auf und meldeten die Verschwendung auch als vermißt an. Die zur Aufklärung entsandten Beamten der Kriminalpolizei richteten ihr Augenmerk besonders auch auf die Mitschülerinnen der 7. Klasse, mit denen die Vermißte bis 3 1/2 Uhr zusammen gewesen war. Sie konnten nur sagen, daß Elise Ley mit ihnen zusammen die Schule verlassen hatte. Wohin sie sich dann gewandt hatte, wußte bisher keine Mitschülerin anzugeben. Daß sie vergewaltigt und ermordet worden ist, hat die Obduktion, die Geheimrat Strahmann und Medizinalrat Dr. Störmer noch gestern nachmittag vornahm, außer Zweifel gestellt. Die Kleine ist nach der Vergewaltigung erdrosselt und so durch Erstickung getötet worden. Der Tod ist mehrere Stunden nach Einnahme der letzten Mahlzeit eingetreten. Die Leiche hat etwa 24 Stunden im Wasser gelegen. Eine genaue Untersuchung des Kartons, der 71 Zentimeter lang, 48 Zentimeter breit und 11 Zentimeter hoch ist, hat ergeben, daß wahrscheinlich hinter der Nummer 1328 noch eine andere Zahl gestanden hat. Ein schwanzartiges Zeichen deutet darauf hin. Der Befund am Hals des ermordeten Kindes läßt annehmen, daß der Mörder ihm die Schür von hinten nach vorn umgelegt hat. Am Kehlkopf zeigen sich Spuren des Knotens. Das Paket ist wahrscheinlich zunächst beschwert gewesen. Durch irgendeinen Zufall oder durch die starke Strömung an der Schleuse mag es wohl früher emporgelassen sein, als der Mörder angenommen hat.

An den öffentlichen Säulen erschien gestern über das Verbrechen ein Aufschlag mit der Bekanntmachung:

3000 Mark Belohnung.

Am 14. Juni d. J. wurde vormittags gegen 10 Uhr die Leiche der 8-jährigen Schülerin Elise Ley in der Spree in der Nähe der Cuvrystraße treibend aufgefunden.

Die Leiche war verpackt in einem verschürzten braunen Pappkarton.

Elise Ley, die, wie festgestellt, ermordet worden ist, ist zuletzt gesehen worden beim Verlassen der 100. Gemeindefschule in der Förster Straße 12—15, am Sonnabend, den 12. Juni d. J., nachmittags um 3 1/2 Uhr. Sie ist 1,16 Meter groß, hat blondes Haar mit zwei kurzen Zöpfen und blaue Augen und war bekleidet mit lachsebraunem Kleid mit Faltenrock, der mit braunem Samtgürtel und braunen Samtknöpfen garniert ist, einer schwarzen Achselfürze, die hinten mit Druckknöpfen zu schließen ist, und schwarzen Schnürstiefeln mit Lackspitzen. Sie trug hierzu einen hellgelben Südwesterhut mit blauem Futter. Bei sich hatte sie einen schwarzen Schultzang, den sie auf dem Rücken zu tragen pflegte.

Obige Belohnung ist ganz oder teilweise, entsprechend der Bedeutung der Nachricht, unter Ausschluß des Rechtsweges bestimmt für Personen aus dem Publikum, die zweckdienliche, zur Aufklärung der Tat führende Angaben machen können.

Nachrichten nimmt entgegen die Kriminalpolizei im Zimmer 105 des Polizeidienstgebäudes, Alexanderstraße 3—6, sowie jedes Polizeirevier.

Berlin, den 14. Juni 1915.
Der Polizeipräsident, J. W.: (gez.) Goppe, Oberregierungsrat.

Aus Groß-Berlin.

Notleidende Straßendämme.

Der Berliner Magistrat teilt hierzu folgendes mit: Die anhaltende und trockene, heiße Bitterung und der Deutemangel drängt vielen die Frage auf, wie kann den auf der Straße stehenden Bäumen, die dürsten, geholfen werden? Ist es nicht möglich, daß mitleidige Menschen die wenigen notleidenden Bäume, die vor ihrem Wohnhause stehen, begießen?

Hierauf ist zu antworten: Die Möglichkeit ist wohl vorhanden, allein die erfolgreiche Durchführung solchen Beginns ist nicht so einfach, wie sie dem Nichtfachkundigen erscheint.

Geringe Wassermengen, täglich gegeben, nützen so gut wie nichts, oftmals schaden sie. Nur reichliche Bewässerung mit einwandfreiem Wasser, mindestens 100 Liter für einen mittleren Baum, hat Zweck. Das öftere Begießen der Bäume mit unreinem Wasser ist oft die Todesursache. Zu bedenken ist, wie außerordentlich schmerz es ist, das Gießwasser in den Bereich der Saugwurzeln unter dem Straßenspflaster zu bringen. Bei dem hierfür notwendigen Aufgraben der „Baumscheiben“ werden den Hauptwurzeln dicht am Stamm sehr leicht Wunden zugefügt, die dem Baum mehr schaden als das Gießen nützt. Wenn jeder Unkundige freie Hand hätte, an den Bäumen nach Belieben zum verlustreichen Bohren der Bäume zu graben, so würden viele von ihnen in kurzer Zeit durch Freundeshand vernichtet werden. Selbst das reichliche Bewässern der Pflanzen mit kaltem, nährstoffarmem Leitungswasser hat in so heißen, trockenen Zeiten, wie in den letzten Wochen, nicht immer den gewünschten guten Erfolg.

Von der städtischen Gartenverwaltung sind neue Versuche, die Straßendämme durch unterirdische Leitungen zu bewässern und zu ernähren, eingeleitet. Es bleibt abzuwarten, ob hiermit augenscheinlich bessere Erfolge wie bisher zu erzielen sind.

Es müßte deshalb gebeten werden, die Straßendämme nicht zu tränken!

Im Hebereifer.

Der Krieg hat auch die Schule mobil gemacht. Mit Verlesungen, Ermahnungen, Anordnungen fucht sie auf die Kinder und durch sie auf die Eltern zu wirken. „Wir alle wollen Streiter sein!“ sagt ein schon vor längerer Zeit unter Schülern verbreiteter „Anruf an Deutschlands Jugend“, der gegenüber den Nahrungsergänzungsplänen allerlei Verhaltensmaßregeln für den Nahrungsmittelverbrauch gibt. An der Spitze der darin aufgeführten „Kriegsgebote“ steht: „Jeder muß sparen, denn nur wenn alle sparen, werden Deutschlands Vorräte reichen!“

Uns ist dieses Flugblatt bekannt geworden aus einer Verteilung an Schülerinnen einer höheren Mädchenschule Berlins. Wir wissen nicht, ob man es auch in Volksschulen verteilt hat. Aus der katholischen Volksschule Panlow's hören wir jetzt von einem einfacheren Verlesungsversuche. Hier hielt der Rektor den Kindern eine Ansprache über die Pflicht zur Sparsamkeit in dieser Kriegszeit und verbot unter anderem, Wurststullen in die Schule mitzubringen. Sogleich am nächsten Tage wurde die Probe gemacht, ob Kinder gegen das Verbot noch Wurststullen hatten. In Klasse IV waren zwei Jungen so ehrlich, sich der danach fragenden Lehrerin zu weiden. Der Rektor ordnete an, ihnen die Wurststullen abzunehmen und die Unvorsichtigen mit Prügelein zu bestrafen. Das besorgte dann die Lehrerin pflügendemäßig.

Was sagten dazu die Eltern? Als einer der beiden Jungen mittags daheim berichtete, daß er statt des Frühstücks Stackscheibe erhalten habe, ließ die Mutter mit ihm sofort zum Rektor. „Dir ist,“ fragte der, „die Stulle weggenommen worden! Warum denn?“ „Weil ich Wurst drauf hatte.“ „Na, siehst Du —!“ und nun belehrte der Rektor auch die Mutter, jetzt sei Wurst Verschwendung und auch er verjage sich und seiner Familie die Wurst. Was denn aber aus den Stullen werden solle und wo sie geblieben seien, fragte sie. Ja, das wisse er nicht. Die Lehrerin hatte sie sorgsam ins Klassenbind eingeschlossen, da konnten sie nun vom Sonnabend bis Montag liegen und verrotten. Zu der Sparsamkeitsmahnung, die der Rektor durch Wurstverbot, Stullenbeschlagnahme und Prügelein zu unterstützen sich bemühte, paßte es schlecht, daß man ja die Wurst samt dem Brot verderben ließ. Am Montag wies die Mutter den Jungen an, die inzwischen ungenießbar gewordenen Stulle abzulehnen, wenn sie ihm etwa jetzt noch ausgehändigt werden sollte. Die Lehrerin bot ihm nicht diese, sondern als Ersatz ihre eigene frische Stulle an, aber auch die lehnte er ab.

Das vermeintliche Recht der Schule zu einem Wurststullenverbot ist sehr anfechtbar. Ebenso muß bestritten werden, daß nach Hebertragung eine Beschlagnahme zulässig war. Die Mahnungen, nicht Nahrungsmittel zu verschwenden, sind gut gemeint, und es ist gegen sie an sich nichts einzuwenden. Aber die Höhe der Preise von Fleisch und Wurst läßt bei den meisten Leuten ohnedies keinen reichlichen Verbrauch dieser Nahrungsmittel zu. Reicht's denn im Deutschen Reich überhaupt so sehr an Fleisch und Wurst, daß man nötig hätte, Schülern die Wurststullen geradezu zu verbieten? Vorräte an verschiedenen Nahrungsmitteln haben sich ja inzwischen als keineswegs so gering erwiesen, wie anfänglich vermutet worden war. Die dem Sämling auf die Stulle gelegten zwei Wurstscheiben, die von der für die Stullen des Vaters bestimmten Wurst übriggeblieben waren, werden den Nahrungsmittelvorrat des deutschen Volkes nicht allzuempfindlich geschwächt haben. Hebriger ist es aus Kerkzirkeln als gerade für Kinder nicht unbedenklich bezeichnet worden, ihnen Ernährungsbeschränkungen aufzuerlegen.

Ein Totschlag im Hotel. In der Nacht zum Sonntag wurde in einem Hotel in der Invalidenstraße eine etwa 30 Jahre alte Frauensperson (anscheinend Prostituierte), die sich dort am Abend vorher mit dem 25 Jahre alten Steinläger Willi Hesse, Fruchtstraße 59 wohnhaft, einlogiert hatte, mit Schlagwerkzeugen am rechten Auge tot im Bette liegend, aufgefunden. Die Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache dem Schauhaus zugeführt. Hesse ist taub; er hat allem Anscheine nach die Unbekannte im Streit erschlagen und wurde der Kriminalpolizei zugeführt.

Bei dem erschlagenen Mädchen fand man einige Marken eines Kaufhauses am Rosenthaler Tor. Wahrscheinlich hat es also wohl in jener Gegend im Norden der Stadt gewohnt. Die Leiche wurde gestern photographiert und die Kriminalpolizei wird mit Hilfe der Bilder die Person festzustellen suchen.

Der Badeverkehr.

Der Badeverkehr in den deutschen Nord- und Ostseebädern soll für den diesjährigen Sommer nach folgenden Grundsätzen geregelt werden: In der Nordsee ist der Badeverkehr auf familiären Inseln und an der gesamten Küste verboten. In der Ostsee ist der Badeverkehr verboten in der Flensburger Bucht, der Odermündung, auf der Insel Fehmarn, in Osternothafen bei Swinemünde, in der ganzen Danziger Bucht und in Pillau. An der übrigen Ostseeküste ist der Badeverkehr gestattet. In den erlaubten Orten wird Badegästen und Besuchern, die reichsdeutsch sind oder verbündeten Staaten angehören, der Aufenthalt widerwillig gestattet, wenn sie im Besitz eines vorchristlichen Passes sind. Feindliche und neutrale Ausländer werden nicht zugelassen. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des für den Badeort zuständigen Feldvertrretenden Generalkommandos. Badeanstalten dürfen aufgebaut und benutzt werden. Seefeste dürfen nicht benutzt werden; der Velag muß entfernt bleiben. Photographische Apparate sind am Strande verboten, ihre sonstige Benutzung kann von der Ortspolizeibehörde ausnahmsweise gestattet werden. Bergnährungsdamper und Motorboote dürfen an den für den Badeverkehr erlaubten Küstenstrichen verkehren — ausgenommen ist die Swinemünder Bucht.

Neuerung bei den Lotterielosen. Die Lotteriedirektion hat für die bevorstehende 6. Preussisch-Sächsische (282. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie bei den loosen herausgegebenen Loosen eine beachtenswerte Neuerung eingeführt. Auf der Rückseite sind genau die Ziehungstage der einzelnen Klassen angegeben. Diese Tage sind der

9. und 10. Juli, der 13. und 14. August, der 10. und 11. September und der 8. und 9. Oktober. Die vierwöchige Hauptziehung beginnt am 6. November. Auch ist genau vermerkt, wann für jede einzelne Klasse die Erneuerung der Lose erfolgen muß. Man erhält dadurch von vornherein einen Heberblick über die ganze Ziehung.

Unter der Selbstbeziehung des Mordes stellte sich, wie wir mitteilten, vor 14 Tagen der hiesigen Polizei ein 18 Jahre alter Adertnecht Franz Borzohn. Er beklagte sich, vor zwei Jahren im Juni in Groß-Nehe im Kreise Ost-Sternberg ein Dienstmädchen aus dem Nachbarort auf dem Heimwege vom Tanzboden überfallen, geknebelt, der Wertschaft beraubt, entkleidet und in einem Pfuhl ertränkt zu haben. Nach diesem Geständnis machte der junge Mann auf der Revierwache und im Gewahrsam der Kriminalpolizei Selbstmordversuche und tobte dann so heftig, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Hier widerrief er jetzt, wieder ruhiger geworden, in einem neuen Verhör sein Geständnis. Unterdessen haben aber die Ermittlungen ergeben, daß damals tatsächlich die Leiche des Mädchens in dem Pfuhl aufgefunden wurde, wie Borzohn es sagte. Ein in Berlin lebender Bruder der Toten wurde auch benachrichtigt, es war aber bisher nicht gelungen, den Tod des sehr ordentlichen und sparsamen Mädchens aufzuklären. Man nahm schließlich einen Selbstmord an, ohne aber dafür eine genügende Erklärung zu haben. Unter diesen Umständen wird Borzohn, der damals in Groß-Nehe bei einem Bauern diente, trotz seines Widerstands wegen Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden, sobald er das Krankenhaus verlassen kann.

Unfälle auf der Straßenbahn.

Am Sonntagnachmittag kurz nach 4 Uhr stürzte vor dem Hause Müllerstraße 141 aus einem bisher noch nicht aufgeklärten Grunde ein Fräulein Wahms plötzlich von einem Anhängewagen der Linie 97 (Richtung Leipziger Platz) auf den Straßendamm, wo es bewußtlos liegen blieb. Man schaffte die Verunglückte in das Paul-Gerhardt-Stift, wo der Arzt eine Kopfwunde und Gehirnerschütterung feststellte.

In der Nacht von Sonntag zu Montag wollte vor dem Hause Stralauer Allee 34 der achtzehnjährige Arbeiter Friedrich Bundler, Markgrafendamm 6 zu Stralau wohnhaft, während der Fahrt von einem Wagen der Berliner Ostbahnen abspringen, er kam jedoch zu Fall und geriet mit dem linken Bein unter die Schuvorrichtung. Bundler wurde etwa 20 Meter weit mitgeschleift, ehe der Führer den in voller Fahrt befindlichen Motorwagen zum Halten bringen konnte. Der Verunglückte, dem das linke Bein dicht unter dem Knie abgetrennt war, wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus Bethanien gebracht.

Ein Straßenbahnunglück ereignete sich gestern nachmittag gegen 1/5 Uhr am Kottbuser Tor. Der Wagen 1518 der Linie 29 kam die Dresdener Straße herunter und fuhr unter der Hochbahn durch, als kurz vor der Haltestelle an der Kottbuser Straße ein Wagen der Brauerei Hoppoldt noch vor dem Straßenbahnwagen das Gleis kreuzen wollte. Die Distanz war indes so kurz, daß ein Zusammenstoß erfolgte. Die Deichsel des Brauereiwagens durchdrang glatt die Stirnwand des dicht besetzten Vorderwagens, wodurch eine Anzahl Personen Verletzungen erlitten. Ein Arbeiter sticht erhebliche Kontusionen an den Beinen davongetragen zu haben; um ihn sowie drei Frauen bemühten sich Passanten sowie ein Samariter vom Roten Kreuz. Mit einem gerade des Weges kommenden Auto der Militärverwaltung wurden die Verletzten der Unfallstation zugeführt. Der Wagenführer, auf dessen Wunsch ein Kontrolleur der Straßenbahn Berliner der arg-beschädigten Wagen weiterführte, scheint mit dem Schrecken davongelommen zu sein.

Keine Nachrichten. Eine teure Nacht verlebte in Berlin ein Händler aus der Provinz. Der Mann lernte abends auf der Straße eine „Dame“ kennen und machte mit ihr eine ausgedehnte Bierreise. Als er morgens im Hotel erwachte, war die „Dame“ schon „abgereist“ und hatte seine Brieftasche mit 3000 M. mitgenommen. Die Diebin ist noch nicht ermittelt. — Aus dem Flöhensee gelandet wurde die Leiche des 19 Jahre alten Arbeiters Bruno Lehmann aus der Kasanienallee 88, der am Donnerstag beim Baden ertrank. — Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde am Kottbuser Ufer die Leiche einer unbekanntem Frau von 35 bis 40 Jahren. Die Ertrunkene ist etwa 1,60 Meter groß und dunkelblond und trug einen leichten, gelben Mantel, einen dunklen Rock und weiße Wäsche ohne Zeichen. Ihr Trauring ist R. R. 22. 5. 96 gezeichnet. — Durch einen Sturz aus dem Fenster des vierten Stockwerks hat sich der 41 Jahre alte Kutscher Martin Michaelis aus der Schönhauser Allee 44 das Leben genommen. Ein Arzt von der Rettungswache in der Gaudystraße konnte nicht mehr helfen. — Den Tod im Wasser fand der 35 Jahre alte Buchbinder Georg Wary aus der Adolfsstr. 12, der von der Höhrerbrücke in den Spandauer Schiffhafenkanal sprang. Seine Leiche wurde geborgen. Was Wary zu dem Schritt veranlaßt hat, ist noch nicht bekannt.

Das Verschwinden von fünf Schülern ruft in den beteiligten Kreisen lebhaftes Beunruhigung hervor. Von der achten Realschule, Rheinsberger Straße, hatten sich die vier Schüler Witt, 16 Jahre alt, die Brüder Hübner, 15 und 13 Jahre alt, Neufeldt, 13 Jahre alt, sowie der Volksschüler Schmidt, 13 Jahre alt, zu einer Fußwanderung durch den Grunewald verabredet. Sie verlassen auch sämtlich am Sonntag die elterlichen Wohnungen; in diese sind sie jedoch bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Obwohl ihnen von den Eltern das Wasserfahren streng verboten worden war, hatten sie zu Schulfreunden die Absicht geäußert, eine Kahnfahrt zu unternehmen. Es wird befürchtet, daß sie bei dem böigen Wind am Sonntag verunglückt sind.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania wird am heutigen Dienstag der neue Vortrag „An den Grenzen von Süd-Tirol und Italien“ von Direktor Franz Goerke zum erstenmal gehalten werden.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordneten-Erwahl in Schöneberg.

Die Erwählung im fünften Bezirk findet am Donnerstag, den 17. Juni, von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr statt in dem Restaurant von Quast, Martin-Luther-Straße 45. Als Kandidat ist aufgestellt: Schöneberg.

Dr. Senno Chajes, Junsbruder Str. 16.

Zu dem Wahlbezirk gehören die Straßen: Am Park, Belgischer Straße 25—64, Ebersstr. 37—45, Erfurter Straße, Freiherr-vom-Stein-Straße, Frig-Neuter-Straße, Guckelstraße, Hauptstr. 23—64 und 95—145, Hevaldstraße, Hehlstraße, Junsbruder Str. 18—42, Koberger Straße, Kuffeiner Straße, Martin-Luther-Str. 51—66, Mühlentstraße, Nymphenburger Straße, Racherstraße, Sternberger Straße, Voßberg, und Weststraße.

Die Türen des Wahllokals werden Punkt 7 Uhr geschlossen und werden dann Wähler nicht mehr zugelassen. Als Ausweis dient die vom Magistrat überhandte Karte, Steuerquittung, Militärpapiere.

Zur Erledigung der erforderlichen Vorarbeiten wollen sich die Genossen und Genossinnen am Dienstag, den 15. d. Mts., abends 7 Uhr, im Restaurant von Wiede, Mühlentstr. 8, zahlreich einfinden.

Betrügerisches Vorgehen Charlottenburger Hauswirte.

Vom Magistrat der Stadt Charlottenburg erhalten wir folgende Mitteilung:

Die Stadt gewährt bekanntlich solchen Kriegsfamilien, deren Hauswirte der Stadt gegenüber auf 30 Proz. der Miete verzichten, eine erhöhte Mietbeihilfe von 70 Proz. der Miete, die unmittelbar an die Hauswirte gezahlt wird. Wie den Unterstützungskommissionen bekannt geworden ist, haben in mehreren Fällen Hauswirte die Zahlung eines Teiles derjenigen Mietbeiträge, auf die sie rechtmäßig verzichtet hatten, von den Kriegsfrauen gefordert. Diese haben auch in Unkenntnis der Sach- und Rechtslage die Zahlungen geleistet, bis sie von den Unterstützungskommissionen auf das rechtswidrige Verlangen der Hauswirte hingewiesen wurden. In allen diesen Fällen haben sich die Hauswirte eines Betruges (Vergehens wider § 263 des Reichsstrafgesetzbuches) schuldig gemacht. Der Magistrat hat bisher von Straf anzeigen noch Abstand genommen, beabsichtigt aber, in Zukunft alle derartigen Fälle unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Stadtverordnetenversammlung in Lichtenberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde unter anderem die Kriegsunterstützungskommission durch Zuwahl weiterer Mitglieder verstärkt. Diefelbe besteht nunmehr aus drei Magistratsmitgliedern, 6 Stadtverordneten und 6 Bezirksvorstehern. Von unseren Genossen ist außer dem Genossen Abraham, welcher derselben bereits angehört, noch Genosse Köffel neu eingetreten. Einem Antrage auf Bildung einer Finanzdeputation wurde, nachdem derselbe durch eine gemischte Deputation eingehend durchbereitet worden war, zugestimmt. Die Deputation soll aus 5 Magistratsmitgliedern und 9 Stadtverordneten bestehen. Die Funktionen sollen sein: a) Finanzielle wichtige Angelegenheiten zur Beschlussfassung vorbereiten; b) Vorberatende Begutachtung besonders zugewiesener Klassen, und Finanzsachen; c) Vorbereitung der Beschlussfassung über Aufnahme von Anleihen; d) Aufnahme von Zwischenanleihen; e) Verwaltung des Kapitalvermögens und der Schulden der Stadt; f) Anlegung von Kapitalien; g) Vorberatung über Einführung neuer Steuern. Ferner sollen auch die Finanzgeschäfte der städtischen Werke dieser Kommission unterliegen. Die Sommerferien der Stadtverordnetenversammlung fallen wie in früheren Jahren wieder in die Monate Juli und August.

Bei Besprechung einer Petition betreffend die mangelhaften Verkehrsverhältnisse des Industriebezirks mit dem Stadtmitteln Berlins wird beschlossen, daß beim Zweigverband Groß-Berlin insbesondere auch darauf hingewirkt wird, daß die Große Berliner Straßenbahn Wagen, die früher um 6 Uhr früh bereits abgingen, jetzt erst nach 8 Uhr abfahren läßt. Hier ist dringende Abhilfe nötig.

Ferner wurde beschlossen, zwecks Fürsorge für Kriegsbeschädigte eine Deputation aus 8 Magistratsmitgliedern und 7 Stadtverordneten zu bilden. Die Deputation soll als Kreisleiter fungieren und das Recht erhalten, sich durch Zuwahl geeigneter weiterer Mitglieder, wie Ärzte, Arbeiter, Arbeitnehmer und anderer als Bürgerdeputierte zu ergänzen.

Es wird eine Beratungs- und Fürsorgekommission für Kriegsbeschädigte eingerichtet und zunächst an das städtische Wohlfahrtsamt angegliedert. Diese Stelle erledigt die ihr obliegenden Aufgaben in Verbindung mit dem städtischen Krankenhaus, wo eine ärztliche Beratungs- und Fürsorgekommission für Kriegsbeschädigte, und mit dem städtischen Arbeitsnachweis, wo eine besondere Abteilung für Kriegsbeschädigte eingerichtet wird.

Der städtische Ausschuss für die Nahrungsmittelversorgung, welchem von unserer Seite die Genossen John und Wirus angehören, hat einen eingehenden schriftlichen Bericht erstattet. Von unseren Rednern wurde bemängelt, daß beim Verkauf der Waren, abgesehen von den Kartoffeln, wo durch die unverantwortliche Preistreiber der Interessenten ein zu hoher Preis beim Einkauf gezahlt werden mußte und folgedessen von der Stadt mit Verlust verkauft wird, immer noch ein verhältnismäßiger Lederzuschlag herausgewirtschaftet worden ist. Unsere Redner wiesen darauf hin, daß die Stadt beim Verkauf preisregulierend wirken müsse und folgedessen ohne Verdienst zu verkaufen habe.

Inerhörte Gebäckpreise in Adlershof.

Zu Beginn der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde der neu gewählte Ausschuss in sein Amt eingeführt. Die neuorganisierte Straßengemeinschaft Adlershof-Köpenick soll, trotzdem sich schon kurz nach der Fertigstellung wesentliche Mängel herausstellten, zu dem vom Verkehrs-Ausschuss vorgeschlagenen Termin abgenommen werden. In der Debatte hierüber wurde betont, daß den Unternehmern nur dann die Schuld und Haftpflicht treffe, wenn die aufgetretenen Mängel nicht durch das von der Gemeinde gelieferte Material, sondern durch schlechte Ausführung des Unternehmers entstanden seien.

Unter Verschiedenem wurde über die Anregung des Landrates beraten, wonach die Gemeinden ihre Vorräte an Dauerwaren untereinander austauschen könnten. Da die Gemeinde nur geringen Vorrat hat, so kommt ein Austausch nicht in Betracht. Vom Schöffen Hofmann wurde berichtet, daß die Gemeinde circa 67 Zentner gute Dauermurste und 110 gute Schinken a 15 Pfund eingelagert habe.

Der schon längere Zeit geplante Bau einer Fußgängerbrücke über die Spree zwischen Ober-Schöneweide und Köpenick kann leider nicht in Angriff genommen werden, solange die beiden Gemeinden sich abfeindlich verhalten. Der Gemeindevorstand soll aber nochmals mit den genannten Gemeinden in Verbindung treten. — Der Bauungsplan der „Tegasia“ wird zurückgestellt, weil der Direktor der Gesellschaft eingezogen ist.

Genosse Lodi wandte sich dann dagegen, daß die beabsichtigte Änderung der Geschäftsordnung, die nicht die Genehmigung der Regierung erhalten hat, nochmals an diese zur Genehmigung zurückgehen soll. Er erklärte, die Gemeindevertretung sei so lange mit der alten Geschäftsordnung ausgekommen und könne nun auch noch bis zur Beendigung des Krieges warten. Im gleichen Sinne äußerte sich auch der Vorsitzende, worauf die Angelegenheit vertagt wurde.

Bezüglich der längst beschlossenen Weiterführung der Schulspeisung rügten unsere Genossen, daß bis jetzt nach fast sechs Wochen noch nicht ein Antrag erliebet sei. Der Vorsitzende betonte, daß die bedauerliche Verzögerung wohl mit dadurch entstanden sei, daß die Redatoren auf eine schriftliche Anweisung vom Gemeindevorstand gewartet hätten. Er könne aber versichern, daß die Listen dem Kriegsausfluß bei der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Verschiedene Gemeindevorsteher beschwerten sich über das Frühstücksgebäck, das in Adlershof teurer und kleiner sei, als in Berlin. Eine Schrippe von 50 Grammen koste gerade doppelt soviel als in Berlin. Unsere Genossen empfahlen der Bevölkerung, den Bäckern kein Frühstücksgebäck mehr abzukaufen. Herr Kruse verlangte vom Gemeindevorstand eine Verfügung an die Bäcker, wonach nicht teurer als in Berlin verkauft werden dürfe. Er wünschte ferner, daß auch für die kleinen Kinder wieder volle Brotkarten ausgegeben werden. Von der Gemeindevorstellung verlangte er, daß der Landrat, von dieser unerhörten Brotvermehrung unberührt in Kenntnis gesetzt werde. Nachdem der Vorsitzende versprochen, dies zu tun, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Aus der Steglitzer Gemeindevertretung.

Der im März dieses Jahres gefasste Beschluß, allen in einem dauernden Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu der Gemeinde stehenden Angestellten, Arbeitern und Beamten, die ein Einkommen von 2000 M. und darunter beziehen, eine monatliche Kriegszulage von 10 M. zu zahlen, wird auf Antrag des Gemeindevorstandes dahin erweitert, daß diese Zulage auch den aus hilfsweise Beschäftigten zusteht. — Für die notleidenden Deutschen in Galizien und in der Bukowina werden 500 M. bewilligt. — Die vom Gemeindevorstand beantragte Abänderung des Vertrages mit der

Eisvertriebsgesellschaft wird mit 12 gegen 8 Stimmen noch längerer Ausdehnung angenommen. Damit ist auch die Produktion unserer Gemeindegewerkschaft dem Berliner Eisvertrieb, der sich „Groß-Berliner Eisvertrieb-Gesellschaft G. m. b. H.“ nennt, mit einer Jahresproduktion von 100 000 Zentnern unterstellt. Die Konsumenten werden die Jede bezahlen müssen, da der Truist alle Großberliner Eiswerke umschließt. — Durch Annahme der vorgelegten Abänderung der Polizeiverordnung über das Droschkenführerzeuger wird auch für Steglitz das Droschkenführerzeuger der Dauer des Krieges verteuert werden. Dagegen bringt die neue Biersteuerordnung eine Herabsetzung der Steuer von 0,65 M. auf 0,30 M. pro Hektoliter für solches Bier, das nur einen Alkoholgehalt von höchstens 17, Proz. aufweist. — Außerhalb der Tagesordnung wurden noch die verschiedensten Fragen ausführlich besprochen mit dem Ergebnis, daß die meisten während des Krieges eben „Fragen“ bleiben werden, so z. B. die Kartoffelfrage, die Staubfrage (infolge der Herstellung der neuen Wasserleitung), die Hypothekfrage und schließlich die Teppichkloppfrage, die jedoch von der Versammlung nicht als so wichtig bezeichnet wurde, daß sie unbedingt während des Krieges geregelt werden müsse.

Burgfriedliches aus Brieg.

Wie viele Gemeinden hat auch Brieg von einer generellen Neuaufstellung des Gemeindecats in diesem Jahre Abstand genommen und den vorjährigen Etat mit einigen Abänderungen als Grundlage seiner diesjährigen Gemeinbewirtschaftung gesetzt. Der Gemeindecatszuschlag wurde von 120 auf 140 Proz. erhöht. Die Vertreter der dritten Abteilung gaben bei der Beratung eine Erklärung ab, wonach sie den Burgfrieden während des Krieges in der bestimmten Erwartung respektieren, daß auch die Sozialdemokratie als gleichberechtigt behandelt werde. Insbesondere wurde dabei auf die Vertretung der dritten Klasse in einigen Kommissionen und dem Gemeindevorstand Bezug genommen. Der Wortführer der bürgerlichen Vertreter, Herr Baumeister Liebe, verurteilte diese Forderung als berechtigt mit all ihren Konsequenzen an. — So war es vor einigen Monaten.

Nach vielerlei Verschleppungsmanövern des Herrn Liebe, welche selbst von bürgerlichen Vertretern als Viertang bezeichnet wurden, mußte am Freitag, den 11. d. Mts., eine längst notwendige Erziehung eines Schöffens vorgenommen werden. Wo waren da alle Erklärungen geblieben? Aber man sagte jetzt: Nach wie vor stehen wir auf dem Boden unserer damaligen Erklärung und erkennen das Recht der dritten Abteilung an mit einem Schöffen in der Gemeindeverwaltung vertreten zu sein, aber der von uns vorgeschlagene Kandidat ist befähigt für das Amt als der von euch vorgeschlagene, darum wählen wir nicht euren sondern unseren Kandidaten. Und unter Führung des Herrn Liebe und unter Assistenz des Herrn Bürgermeisters wurde mit 10 gegen 9 Stimmen ein Bürgerlicher gewählt. Auf unseren Kandidaten waren 8 Stimmen entfallen, nur drei bürgerliche Vertreter stimmten für den Kandidaten der Arbeiter.

Städtischer Klippfischverkauf in Potsdam.

Am nicht hinter den Kriegsvorgemahnen anderer Gemeinden zurückzustehen, hat der Magistrat auch den städtischen Verkauf von Klipp- und Salzfish in Erwägung gezogen. Es soll alsbald mit dem Verkauf begonnen werden und zwar wird der Klippfisch im trocknen Zustand für 60 Pf. pro Pfund und der Salzfish für 45 Pf. pro Pfund abgegeben. Von dem ersten Verkaufsergebnis wird die Entschädigung über die weitere Versorgung des Potsdamer Lebensmittelmarktes mit diesem jetzt vollständig gewordenen Nahrungsmittel abhängig gemacht. Außerdem hat die Kriegsfürsorgeabteilung des Magistrats den Kartoffelpreis herabgesetzt. Die besten Speisepotatoes sind jetzt für 4,50 M. pro Zentner frei Haus von der Stadt zu beziehen. Zehnpfundweise werden dieselben Sorten für 50 Pf. abgegeben.

Ermäßigung der Kartoffelpreise in Wilmerdorf.

Der Magistrat hat jetzt den Verkaufspreis für die städtischen Kartoffeln auf 50 Pf. für 10 Pfund ermäßigt.

Soziales.

Irreführende Berichterstattung.

In Nr. 155 führten wir an, daß das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ in seiner Nummer vom 5. Juni über eine angebliche Annahme eines angeblichen Gesetzentwurfs „in Fragen der sozialen Kriegsfürsorge“ falsch berichtet hatte. Wir hatten die unrichtige Mitteilung des „Correspondenzblattes“ wiedergegeben und dem hinzugefügt:

Diese Mitteilung ist nach jeder Richtung hin falsch. Da durch sie Kriegsteilnehmer und deren Familien irreführend werden könnten, wiederholen wir nachstehend den wahren Sachverhalt, der bereits im „Vorwärts“ vom 30. Mai ausführlich dargelegt ist. (Dann folgte die Wiederholung.)

Das „Correspondenzblatt“ vom 12. Juni berichtet nun seine falsche Mitteilung unter der Angabe, ihm sei der „Irrtum“ passiert, als Inhalt des zum Schutz von Hypothekengläubigern und Hauswirten vorgelegten Gesetzentwurfs einen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag auf Verrückung der Hinterbilden eines Kriegsteilnehmers im Mietverhältnis „anzugeben.“ Nach diesem Eingeständnis einer irreführenden Berichterstattung ist das „Correspondenzblatt“ seinen Lesern folgenden Erguß auf:

Wir sträuben uns nicht, einen Irrtum einzugehen. Die Redaktion des „Vorwärts“ nimmt diesen Irrtum indes zum Anlaß, uns in hochfahrender Weise eine „irreführende Berichterstattung“ vorzuwerfen. Diesen Vorwurf, der uns einer gewissen absichtlichen Irreführung zeugt, weisen wir entschieden zurück. Die „Vorwärts“-Redaktion ist zuletzt berufen, uns Belehrung über Berichterstattung zu erteilen. Sie hat bis heute unterlassen, ihre erteilenermaßen falsche Rechtsbelehrung über den Arbeitsvertrag und den Mietvertrag im Kriege richtigzustellen. Von jeder unabhängigen Redaktion dürfte man erwarten, daß sie falsche Auffassungen berichtigt. Im „Vorwärts“ sträubt man sich aber auch in diesen Dingen gegen das Unlernen.

Wir hatten mit keinem Wort das „Correspondenzblatt“ einer „gewissen absichtlichen Irreführung“ geziehen. Verwarren müssen wir uns aber gegen seine Behauptung, der „Vorwärts“ habe „erteilenermaßen falsche Rechtsbelehrung über den Arbeitsvertrag und den Mietvertrag“ gebracht und nicht richtig gestellt. In Wirklichkeit hat der „Vorwärts“, wie unsere Leser wissen, die falschen Ansichten von Hausbesitzern und Arbeitgebern auf dem Gebiete des Arbeits- und Mietvertrages bekämpft und erreicht, daß die Rechtsprechung der höheren Instanzen durchweg, der unteren Instanzen beinahe einstimmig zugunsten der Arbeiter die vom „Vorwärts“ vertretene Auffassung jetzt teilt.

Krieg und Lehrverhältnis.

Der Sohn Johann des Herrn Mehlau in Dortmund war bei dem Bäckermeister L. in Ergste in der Lehre, als der Krieg ausbrach. Der Bäckermeister wurde eingezogen. Da ein Geselle zunächst auch nicht vorhanden war, so schickte Frau L. den Lehrling zum Vater nach Dortmund und schrieb diesem, daß der Lehrling die Bäckerei nicht leiten könne. Sie möchte einen Gehilfen haben. Als die Frau Bäckermeister dann einen noch nicht 21 Jahre alten Gehilfen hatte, verließ der Landrat diesem das Recht, Lehrlinge anzuleiten. Darauf verlangte Frau L. die Rückkehr des Lehrlings in die

Lehre. Herr Mehlau aber wollte seinen Sohn nicht zurückkehren lassen. Er betrachtete das Lehrverhältnis als aufgelöst und traute andererseits dem ziemlich jungen Gehilfen der Frau L. keine ordnungsmäßige Ausbildung eines Lehrlings zu.

Der Amtmann von Ergste erließ nun eine Verfügung, durch die er dem Lehrling aufgab, binnen einer bestimmten Frist die Lehre in der Bäckerei von L. wieder anzutreten, widrigenfalls eine Geldstrafe festgesetzt und vollstreckt werden würde. Da der Lehrling nicht kam, wurde die Geldstrafe festgesetzt und die Verfügung auf Fortsetzung der Lehre erneuert, unter Androhung einer weiteren Strafe.

Nunmehr erhoben der Lehrling und sein Vater Beschwerde. Der Landrat und der Regierungspräsident zu Arnberg verwarfen aber die Beschwerde.

Das Oberverwaltungsgericht wies dann die von Mehlau angeführte Klage ebenfalls ab. Zur Begründung wurde ausgeführt:

Eine Auflösung des Lehrvertrages sei nicht anzunehmen. Das Schreiben der Frau des eingezogenen Bäckermeisters an den Vater des Lehrlings bedeute lediglich, daß die Frau sich nicht helfen konnte, als der Mann plötzlich eingezogen wurde und sie nur den Lehrling hatte. Sie sage ausdrücklich in dem Schreiben, was den Vertrag angehe, solle sich der Vater mit ihrem Manne auseinander setzen. Es läge auch kein anderer Grund vor, aus dem das Lehrverhältnis als rechtlich aufgelöst gelten könnte. Nachdem ein Gehilfe vorhanden war, dem behördlich die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen beigelegt wurde, habe Frau Bäckermeister L. die Rückkehr des Lehrlings verlangen können. Deshalb sei die Verfügung des Amtmanns auf Rückkehr in die Lehre gerechtfertigt.

Berichtszeitung.

Kriegsschwinder vor den Geschworenen.

Ein umfangreicher Prozeß, der voraussichtlich bis Ende dieser Woche dauern wird, begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landrichtersdirektors Gochel und in Anwesenheit des Kammergerichts- und des Landgerichtspräsidenten. Angeklagt waren 10 sämtlich schon vorbestrafte Personen, die nach der Anklage in höchst verbrecherischer Weise in der Rolle von ostpreussischen Flüchtlingen die Wohlthätigkeitsinstitute und die Eisenbahnbehörde geschädigt hatten. Die auf Betrug und Fälschung öffentlicher Urkunden lautende Anklage richtete sich gegen: den Tapezierer Michael Barall, die Arbeiterin Elise Schulz, den Arbeiter Walter Barzell, den Kellerer Fritz Schlinghake, die Prostituierte Elisabeth Dombrowski, die ledige Elise Döring, den Mechaniker Max Winkler, den Kellerer Ernst Woffler, den Schlosser August Baron und den Tapezierer Max Worchert. — Der umfangreichen Anklage liegt folgendes zugrunde: In den ersten Kriegsmontaten kamen bekanntlich zahlreiche Flüchtlinge aus den verschiedenen Ländern nach Berlin. Da die meisten von ihnen völlig mittellos waren, war von der Eisenbahnbehörde im Reichstagsgebäude und im Eisenbahnerwohnheim in der Invalidenstrasse ein besonderes Bureau eingerichtet worden, in welchem die Flüchtlinge nach Prüfung der Ausweise das von ihnen gezahlte Fahrgehalt nach Berlin ersetzt hielten. Da bei dem seinerzeit herrschenden kolossalen Andrang der Flüchtlinge und der unter ihnen herrschenden Not die einzelnen Gesuche nicht mit der später angewandten Sorgfalt nachgeprüft werden konnten, machten sich mehrere Verbrecherbanden diesen Umstand zunutze, indem sie dadurch systematisch Betrügereien verübten, daß sie sich als Flüchtlinge ausgaben, sehr geschickt gefälschte amtliche Ausweispapiere vorlegten und so größere Beträge als angeblich vorausbezahlt Fahrgehalt ausgezahlt erhielten. Im einzelnen handelt es sich um folgende Fälle: Die Angeklagten Barzell, Winkler und die Schulz fälschten ein polizeiliches Anmeldeformular mit Hilfe eines selbstgefälschten Stempels und versehen ferner ein Schriftstück mit dem amtlichen Pegaubildung der Ostpolizeibehörde von Ost. Die Schulz erhielt dann in dem Bureau am Reichstagsgebäude 24 M. und dann noch einmal 46,80 M. ausgezahlt. Beträge von gleicher Höhe verschaffte sich Barzell allein durch Vorlegung einer gefälschten Urkunde, in der er sich als der aus Jüterburg geflüchtete Uhrmacher Max Winter bezeichnet hatte. Auf ähnliche Weise setzten sich auch die übrigen Angeklagten in den Besitz von Beträgen bis zu 60 M. Die vorgelegten Ausweispapiere waren so geschickt mit Hilfe von nachgemachten Stempeln gefälscht, daß niemand die Fälschung erkennen konnte. Besonders raffiniert war der schon mit Zuschuß vorbestrafte Angeklagte Winkler bei diesen Schwinden. In dem jetzigen Fall handelt es sich um einen Raubfall. In einem Lokal, in welchem sich L. in Begleitung eines anderen Mannes, den er nur unter dem Namen „Schiffer-Paul“ kennen will, befand, bemerkte er einen Arbeiter Selawitz, der mit dem aus mehreren W. Marktscheinen bestehenden Inhalt seiner Brieftasche etwas probierte. Sofort wurde von ihnen der Entschluß gefaßt, Selawitz niederzuschlagen und zu berauben. Als S. den Abtrittraum benutzte, stürzte der Angeklagte plötzlich auf ihn zu und drückte ihm mit aller Gewalt die Kehle zu, um ihn am Schreien zu verhindern, während „Schiffer-Paul“ ihm die Brieftasche entrieh. Der Ueberfallene konnte sich jedoch noch rechtzeitig dem Versuch, ihn zu erwürgen, entziehen und Hilfe rufen, so daß die übrigen Gäste des Lokals hinzueilten. L. wurde festgenommen, während „Schiffer-Paul“ entkam. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 8 Monate Gefängnis. Das Gericht bekräftigte, daß L. jugendlich und offenbar der Verführung gewesen sei, erlachte aber auf drei Monate Gefängnis.

Parteiveranstaltungen.

Erster und dritter Reichstagswahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in den Armishallen, Kommandantenstraße 37/38, Vortrag des Reichstagsabgeordneten Witz. Manusk.

Vierte Wahlkreis. Jugendsektion. Am Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Andreas-Refektorien, Andreasstraße 21, eine Versammlung der jungen Mitglieder des Wahlkreises im Alter von 18 bis 21 Jahren statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Dunder über: „Das jugendliche Entwicklungsstadium des Kapitalismus“, 2. Diskussion.

Zweiter Wahlkreis. Jugendabteilung. Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, finden die Versammlungen der jugendlichen Mitglieder in nachfolgenden Lokalen statt: Für Schönhauser Vorstadt bei Straß, Schönhauser Allee 144a, für Wedding und Gesundbrunnen bei Rehm, Banstr. 60, und für Moabit bei Schröder, Stromstr. 36. Referenten sind die Genossen Götner, Dr. H. Dunder und G. Neumann.

Charlottenburg. Die für heute geplante Versammlung kann nicht stattfinden.

Rosenthal. Heute abend 7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung. Die Genossen der Bezirke 1—4 treffen sich im Lokal des Genossen Mühlrodt, und die des 5. Bezirks im Lokal des Genossen Aug. Ott.

Friedrichshagen. Mittwochsabend Flugblattverbreitung. Treffpunkt von 8 1/2 Uhr an bei Dorn, Prinzenallee.

Friedrichshagen. Donnerstag, den 17. Juni, findet eine Flugblattverbreitung statt.